

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Donnerstag, den 1. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag S.m.d.h., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Bezugspreis:

Bezugspreis: 60.- M. monatlich 15.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12.- M. einjährig 120.- M. (einschl. Postgebühren). Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg 20.- M. für das übrige Ausland 32.- M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Bild“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erziehung und Ringarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:

Die zeichnerischen Kompositionen kosten 7.- M. „Kleine Anzeigen“ das gedruckte Wort 1.- M. (einschl. zweier Zeilen). Mehrere Zeilen werden weiter 1.50 M. Stellenanzeigen und Stellenangeboten das erste Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Wochentage über 15 Nachfragen zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50% - 75%. Die Preise verstehen sich einschließlich Zernennungswahltag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Perlestr. 28/29, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Bestellungen von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Churchills Erkenntnis.

London, 30. November. (WTB.) Churchill gab im weiteren Verlauf seiner Rede seiner großen Befriedigung Ausdruck über das in den letzten Monaten zu beobachtende beständige Fortschreiten der Staatsmänner aller Länder in der Richtung auf einen gefundenen Verständ in finanziellen Dingen. (Heiterkeit und Beifall.) Churchill sagte, all das unijnliche Gerede, das allzu reichlich ausgeschüttet worden sei, und zwar nicht nur von Politikern in ihren Wahlpredigten, sondern von „erfahrenen“ Finanzleuten (Heiterkeit) und erlauchten Mitgliedern des Richterstandes über die Eintreibung von zwölf oder vielleicht auch 20 Millionen Pfund Sterling von Deutschland sei abgedämpft worden auf eine viel praktikablere Veranschlagung. Es sei erstaunlich, daß die elementare Tatsache, daß der Handelsaustausch und die Zahlungen von einem Land in das andere in großem Umfange nur in Form von Waren oder Arbeitsleistungen ausgeführt werden könnten, von neuem von den „erleuchteten“ Sachverständigen in den verschiedenen Ländern anerkannt werde. (Heiterkeit und Beifall.) Manche Leute bildeten sich ernstlich ein, daß ein Staat von 80-70 Millionen einem anderen Staat, der sich in einer anderen geographischen Lage befindet, zwölf Millionen Pfund Sterling zahlen könne. Dies sei unmöglich. Die vorhandenen Eisenbahnzüge und Schiffe wären nicht in der Lage, im Laufe eines ganzen Jahres die Waren zu befördern, die notwendig sein würden zur Bezahlung der Zinsen für eine solche Summe. Wie können wir da, so bemerkte Churchill, unseren Wechselkursmechanismus tabeln, daß er mit diesem Wahn nicht Schritt halten kann! Der Mechanismus des Wertumjahres ist brutal unterbrochen.

London, 30. November. (WTB. aus „Chicago Tribune“.) Präsident Harding hat auf eine Anfrage betreffend die Vorschläge Vanderslips erklärt, die Vereinigten Staaten beabsichtigen nicht, die Frage der alliierten Schulden und ihrer Bezahlung jetzt anzuschneiden. Auch von irgendeiner anderen Regierung sei die Frage nicht zur Sprache gebracht worden. — Nach einer Reutermeldung ist Harding der Ansicht, daß nach der Regelung der augenblicklichen Fragen ein ernstlicher Versuch unternommen werden wird, um ein Abkommen über Finanzfragen zu erzielen, und zwar so, daß sämtliche Fragen der Weltfinanz, insbesondere der Kriegsschulden und der Wiederherstellung der bankrotten Länder, auf einer künftigen Konferenz erörtert werden sollen.

Paris, 30. November. (WTB.) Der Londoner Berichterstatter des „Temps“ weist darauf hin, daß die britische Regierung sich der Meinung Sir John Bradburys angeschlossen zu haben scheint, Deutschland nach der ersten oder zweiten Reparationszahlung ein Moratorium von zwei oder drei Jahren zu gewähren. Der Korrespondent schließt aus den Versäiler Bestimmungen, daß für ein solches Moratorium in der Reparationskommission ein einfacher Mehrheitsbeschluss genügt.

Unter Kollegen.

Washington, 29. November. (E.P.) Der Korrespondent des „Katin“ meldet, daß Balfour erklärt habe, Lord Curzon sei ein Esel, und daß seine Rede ihn nicht von der gewählten Richtlinie abbringen werde.

Reparation und Privatwirtschaft.

Wie die II. erfährt, wurden für die vom Reichskanzler angeregte Sechser-Kommission zu Verhandlungen mit englischen und amerikanischen Finanzkreisen von Seiten des Reichsverbandes der Industrie die Herren Bücher, Silverberg und Kraemer nominiert. Die Kommission wird weiterhin aus dem Reichsbankpräsidenten Havenstein und je einem Regierungs- und Arbeitervertreter bestehen. Die Meldungen über den Verlauf der Sitzung des Reichsverbandes der Industrie entsprechen nicht den Tatsachen. Von maßgebender Seite wird davor gewarnt, die schwierigen Beratungen durch einen Wust von unkontrollierbaren Gerüchten zu disreditieren.

Die Abteilung für Produktion und Uebergangswirtschaft des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft hat in zweitägigen Besprechungen Beschlüsse vorbereitet, die eine Grundlage für weitere Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Mitwirkung der Landwirtschaft bei Ausführung der Reparationsleistungen bilden sollen. Die endgültige Beschlusfassung wird voraussichtlich in der nächsten Vollversammlung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft erfolgen.

Auch Italien.

Das englische Mikrophon über den französischen Abbruch mit Argona scheint Italien nicht abgehalten zu haben, ein Gleiches zu tun. Nach einer Konstantinopeler Depesche Londoner Blätter ist ein dem französisch-italienischen Abkommen analoges Abkommen zwischen Rom und Argona zustande gekommen. (Trotz Englands Mikrophonen.)

Prag, 30. November. (II.) Im Auswärtigen Ausschuss des Landtags wurde heute vom Regierungsvertreter mitgeteilt, daß die italienische Regierung von der Tschechoslowakei den Betrag von 160 Millionen Cze fordere zur Deckung jener Kosten, die Italien

während des Krieges für die Ausrüstung der tschechischen Legionäre aufgewendet hat. Die tschechische Regierung verhandelt mit Italien, um eine Gegenrechnung durchzuführen, die sich auf die von Italien mit Hilfe der tschechischen Legion gemachte Beute gründet.

Die Danziger Eisenbahnen an Polen.

Danzig, 30. November. (II.) Die Danziger Eisenbahnen gehen am morgigen Tage in die Verwaltung der Republik Polen über. Aus diesem Grunde vereinigten sich noch einmal die Vertreter der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Senatspräsident Sahm sprach ihnen seinen Dank aus. Er hege die zurechtfindende Hoffnung, daß die polnische Eisenbahnverwaltung alles tun werde, um zu den Danziger Eisenbahnen ein gutes Verhältnis herzustellen. Er richtete an alle, die zur polnischen Verwaltung übertraten, die Bitte, der neuen polnischen Verwaltung Vertrauen entgegenzubringen. Dann verabschiedete sich der nach Deutschland zurückkehrende Oberregierungsrat Schmauch von den Eisenbahnern mit den besten Wünschen für das weitere Wohlergehen des Freistaats Danzig.

Die Internationale für Georgien.

Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale hat auf seiner letzten Tagung in Brüssel einstimmig nachfolgende Entschliessung angenommen:

Das Exekutivkomitee hat die Antwort der Kommunistischen Partei Georgiens auf seinen Vorschlag bezüglich Entsendung einer gemischten internationalen Kommission nach Georgien zur Kenntnis genommen. Ohne auf die

Beschimpfungen der internationalen sozialistischen Bewegung, die diese Antwort enthält, einzugehen, stellt das Exekutivkomitee fest: 1. daß das Territorium von Georgien von den Truppen der Moskauer Regierung besetzt wurde, daß den Okkupationsbehörden die georgische Bevölkerung feindlich gegenübersteht und daß vor dem Proletariat der ganzen Welt die

Moskauer Regierung allein verantwortlich

ist für die Verwüstung der georgischen Republik und das Terrorregime, das dort eingeführt wurde; 2. daß diese Verantwortlichkeit der Moskauer Regierung erheblich erschwert ist angesichts der letzten Ereignisse in Georgien, namentlich der Arbeiterstreiks und Protestkundgebungen,

die mit brutaler Gewalt nach den Methoden reaktionärer Regierungen niedergebückt wurden; 3. daß, während die Moskauer Regierung heute von den anderen Staaten verlangt, anerkannt zu werden, sie verpflichtet ist, wenn ihre eigenen Rechte respektiert werden sollen, auch

Die Rechte der anderen Völker

zu respektieren und nicht die elementaren Grundzüge verletzen darf, die die Basis eines Zusammenlebens zivilisierter Völker ausmachen.

In dieser Erwägung erneuert das Exekutivkomitee seine entschiedene Forderung an die russische Regierung, ihre Truppen aus Georgien zurückzuziehen, damit dem georgischen Volke die Möglichkeit gegeben wird,

über sein Geschick selbst zu bestimmen;

und empfiehlt allen angeschlossenen Parteien, bei Festlegung ihrer Haltung hinsichtlich der Anerkennung der Regierung von Moskau dem direkten Zusammenhange Rechnung zu tragen, der besteht zwischen der Frage der Anerkennung Sowjetrußlands und der der Befreiung der sogenannten Fremdböcker, im besonderen der georgischen Demokratie, die ihre Befreiung von jeglichem Fremdsjocke erstrebt.

Horthy.

Budapest, 29. November. (U.A.) Der Untern, den die oppositionellen Parteien, vor allem die Legitimisten, gegen den Reichsverweser richten, hat wieder zu einer Reihe von Enthüllungen über die Rolle Horthys geführt, die zwar von der Zensur unterdrückt, aber trotzdem in der Öffentlichkeit allgemein besprochen werden. Erstens wird ihm vorgeworfen, daß er zur Zeit der Räteherrschaft als Führer der gegenrevolutionären Armee die rumänischen Minister sowie ihren Generalstabschef in der unierwichtigsten Weise angeleitet hat, gegen Budapest vorzumarschieren, das sie dann förmlich ausplünderten.

Zweitens wird dem Reichsverweser nachgesagt, er habe um die Massenverbrechen der Hejjas und Bronay nicht nur gemau, sondern diese direkt unterstützt. Tatsächlich hat Horthy jedesmal, wenn Hejjas verhaftet wurde, dessen sofortige Freilassung bewirkt und ihn in jeder Weise in Schutz genommen. Hejjas hat auch jederzeit freien Zutritt zum Reichsverweser und beeinflusst dessen Entschlüsse. Es wird behauptet, daß Horthy heute gar nicht mehr in der Lage ist, Hejjas fallen zu lassen, da dieser sich sonst mit Enthüllungen über ihr bisheriges Zusammenarbeiten rächen würde.

Der dritte Vorwurf ist der, daß Horthy jetzt offen nach der Königswürde strebt.

Budapest, 30. November. (Antel.) Bei der Nachwahl im 10. Wahlbezirk wurde der Demokrat Dr. Johann Benedek mit 9000 Stimmen zum Abgeordneten gewählt. Sein Gegenkandidat, Dr. Rauffer, von der habsburgischen Friedrich-Partei, erhielt nur 2000 Stimmen.

Demokratie und Republik.

Von Dr. Paul Rathen.

Die Demokraten in Bayern haben einen Beschluß gefaßt, der als Symptom ernste Beachtung verdient. Dieser Beschluß geht dahin, „daß die Landespartei von Bayern entschlossen auf dem Boden der freistaatlichen Verfassung des Reiches und Bayerns stehe, ohne hierbei ihre einzelnen Mitglieder an das Bekenntnis der republikanischen Staatsform zu binden“. Diese Festsetzung ist politisch wichtig. Man kann behaupten, sehr wichtig, und sie ist logisch eine Konjunktural, eine Ungeheuerlichkeit, die jeglicher Logik entbehrt.

Es will mir scheinen, daß ein Landesvorstand das Ergebnis einer Wahl ist, die die einzelnen Mitglieder einer bestimmten Partei vornehmen, um sich eine Leitung zu geben; und nun lassen die Demokraten in Bayern einen Beschluß, demzufolge die wählenden Parteimitglieder sich zur „republikanischen Staatsverfassung“ nicht zu bekennen brauchen. Die gewählten Führer hingegen stehen, und noch dazu „entschlossen“ auf dem Boden der freistaatlichen Verfassung des Reiches und Bayerns. Die Wähler können also Monarchisten sein, und die von diesen Wählern Ernannten erklären, daß sie rückhaltlos zur Republik sich bekennen werden.

Als im Jahre 1848 in Baden einzelne erleuchtete Köpfe die Republik mit dem Großherzog an der Spitze verlangten, machte man sich unsterblich lächerlich, und diese Lächerlichkeit wurde nur durch einen Umstand gemildert: die deutsche Bevölkerung des Jahres 1848 steckte politisch im Kinderschlaf, viellecht im Stechlaffen; aber daß von 1848 bis zum Jahre 1921, also in rund dreiviertel Jahrhunderten die politische Entwicklung in Deutschland nur bis zur Proklamierung der heutigen bayerischen Ungeheuerlichkeit gediehen ist, darf als ganz besonders bedauerlich und bedenklich bezeichnet werden. Dieser bayerische Vorgang, den man von der heiteren Seite betrachten könnte, wenn man ihn auf seine politische Logik hin untersucht, er ist zugleich ein sehr ernstes Symptom für die innere Zersetzung, der leider die Demokratische Partei in Deutschland ausgesetzt zu sein scheint.

Man muß sich die Wirkungen des bayerischen Vorgehens vergegenwärtigen.

Theoretiker mögen darüber streiten, unter welchen Umständen die Demokratie sich mit der monarchischen Staatsform verknüpfen läßt, und unter welchen anderen Umständen eine solche Verknüpfung zu den Unmöglichkeiten gehört. Für Deutschland, in unseren Tagen, läßt sich jedenfalls mit absoluter Klarheit erweisen, daß die Demokratie mit der monarchischen Staatsform sich zusammenbringen läßt, nur wie — Feuer und Wasser. Die eine Staatsform schließt die andere unbeding t aus; beide können heute in Deutschland nicht miteinander und nicht nebeneinander existieren.

Ich möchte annehmen, daß die überwiegende Masse der deutschen Bevölkerung, nach den Erfahrungen, die sie mit den deutschen Monarchien und dem deutschen Kaiserreich gemacht hat, heute demokratisch und zugleich republikanisch gesinnt ist. Aber ganz gleichgültig, ob diese Anschauung die überwiegende Mehrheit aller Deutschen erfüllt; so ist es doch ganz unzweifelhaft, daß eine große, eine starke und eine entschlossene Minorität auf solchem Standpunkt unbedingt steht, und diese Minorität wird sich weder die Republik noch die Demokratie rauben lassen, ohne daß bei solchem Versuche die allerschwersten Kämpfe, und zwar gewiß nicht nur parlamentarische Kämpfe, ensstehen würden. Damit steht eins außer Zweifel: Eine politische Richtung, die die Monarchie in Teilen von Deutschland oder in ganz Deutschland wieder einführen will, ist gezwungen, sich in erster Reihe auf die reaktionären Elemente in Deutschland zu stützen, auf jene Elemente, die auch heute schon offen an der Wiedererrichtung der Monarchie in Deutschland arbeiten. Diese Elemente werden notwendigerweise die Kerntuppen monarchischer Wiederaufrichtungsbestrebungen sein. Jene schwankenden Wählermassen hingegen, deren Anschauungen hofflos zwischen einer Vorliebe für die Republik heute, und einer Vorliebe für die Monarchie morgen hin und her pendeln, werden niemals in ihrer Unentschiedenheit die Entscheidung bringen. Liegt somit die Entscheidung bei zukünftigen Kämpfen um die deutsche Staatsform unter allen Umständen bei jenen Kreisen, die monarchisch gesinnt und gleichzeitig politisch eine ausgesprochen reaktionäre Richtung verkörpern, dann ist damit auch der Charakter jeder zukünftigen deutschen Monarchie festgelegt. Diese Monarchie wird nicht sein, oder wenn sie ins Leben tritt, wird sie unerbittlicher Weise einen reaktionären Charakter aufweisen; denn die Reaktion, die das einzige Fundament der deutschen Monarchie sein kann, verlangt von der Monarchie naturgemäß reaktionäre Zugeständnisse, und die Monarchie kann sich nur halten, wenn sie diesen, ihren einzigen zuverlässigen Stützen solche Zugeständnisse macht.

Was eins ist klar, und eins ist durch die Logik politischer Entwicklung ganz unbedingt vorgeschrieben: die Rückkehr zur Monarchie in Deutschland bedeutet unabweisbar zugleich die Rückkehr zur Reaktion in Deutschland.

Und obgleich dies so ist, und obgleich jeder klar blickende Politiker solche Folgen voraussehen muß, erachten es die

führenden bayerischen Demokraten für zulässig, daß es in das Verleben jedes einzelnen ihrer Anhänger gestellt werden kann, ob sie sich zu einer Staatsverfassung bekennen wollen, die aus innerer Notwendigkeit gezwungen ist, auf ihr Programm die Vernichtung der Demokratie in Deutschland zu setzen, oder ob andere gültig beliebigen wollen, sich zur republikanischen Staatsform zu bekennen. Man hegt die Hoffnung, in einer Partei zusammenzubinden zu können jene, die die heutige deutsche Republik zu verteidigen bereit sind mit jenen, die durch reaktionären Umsturz an die Stelle der Republik die Monarchie setzen möchten. Daß der reaktionäre Teufel in mildem Weihwasser zu Boden beliebt, hat man noch nicht gehört. In Bayern glaubt man an solches Wunder bei den — Demokraten.

Wenn derartige politische Ungeheuerlichkeiten sich in Bayern vollziehen, so bleibt die Wirkung solcher Entwicklung ganz gewiß nicht auf Bayern beschränkt. Was jene getan haben, können natürlich gleichgerichtete, sogenannte „demokratische“ Elemente irgendwo in Deutschland gleichfalls als ihr unantastbares Recht für sich in Anspruch nehmen. Die bayerische Entwicklung ist also innerhalb der deutschen Demokratie eine Krankheitserscheinung, die auch an anderer Stelle zum Ausbruch kommen kann, und die daher ein sehr ernstes Symptom für die gesamte deutsche Demokratie darstellt.

Finden die bayerischen Demokraten Nachahmung, dann wird die deutsche demokratische Partei in folgenreicher Weise der politischen Auflösung verfallen. Dann wandelt sie den Weg, den die Liberalen der „Neuen Ära“ gewandelt sind. Sie sind dann Hilfstruppe und Begleiter der Reaktion in Deutschland — gewiß nicht mit Bewußtsein —; aber tatsächlich und in der Politik kommt es nicht darauf an, welche Absichten gedanklich eine Partei verfolgt, sondern darauf, welche Folgen die Taten einer Partei oder das Gewährenlassen einer Partei unabänderlich im Gefolge haben muß. Für diese Folgen ist eine Partei, sind vor allem ihre Führer vor der Geschichte verantwortlich.

Will die demokratische Partei ihrer inneren Zerkleinerung entgegenarbeiten, und will sie eine brauchbare Stütze für Republik und Demokratie bleiben, dann muß sie zu dem bayerischen Vorgehen eine klare Stellung nehmen, dann muß sie die einschläfernde Illusion rücksichtslos zerstören, als seien in dem Deutschland unserer Tage nicht Republik und Demokratie untrennbar miteinander verbunden, so untrennbar und unauflöslich wie Fundament und Oberbau des heutigen Reichshauses.

Pyrmonts Angliederung an Preußen.

Der Staatsvertrag zwischen Preußen und Waldeck-Pyrmont über die Eingliederung von Pyrmont in Preußen und in die Provinz Hannover ist nunmehr in Krollen abgeschlossen worden. Für Preußen unterzeichneten Ministerialdirektor Meißner, Geheimrat Finanzrat Madenly und Geheimrat Regierungsrat v. Klamke, für Waldeck-Pyrmont der Landesdirektor Schmieding. Mit der Unterzeichnung dieses Vertrages ist dem in einer Abtunung zum Ausdruck gebrachten Wunsch der Pyrmont Bevölkerung Rechnung getragen.

Unser Wahlerfolg in Hessen.

Mainz, 30. November. (Eigener Drahtbericht.) Nach den amtlichen Feststellungen ist der Ausgang der hessischen Landtagswahlen für die Sozialdemokratie ein weit günstigerer, als zuerst gemeldet wurde. Die Sozialdemokratie hat trotz viel schwächerer Wahlbeteiligung die Stimmenzahl von 1920 erreicht. Der Verlust beträgt nur 100 Stimmen. Die Unabhängigen dagegen verloren 50 000 Stimmen. Sämtliche bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Reichspartei haben starke Verluste erlitten. Die Deutschnationalen verloren 60 000, die Deutsche Volkspartei 20 000, die Demokraten 30 000 und das Zentrum 15 000 Stimmen. Nur der neu gebildete Bauernbund erhielt als Zuwachs 85 000 Stimmen.

Ein Mißgriff.

Wie uns der Malik-Verlag mitteilt, ist am Mittwoch morgen auf Veranlassung des Reichsministeriums des Innern bei ihm ein Band Zeichnungen: „Das Gesicht der herrschenden Klasse“ von George Grosz beschlagnahmt worden.

Als vor einiger Zeit das Reichswehrministerium in ähnlicher Weise gegen eine Karikaturenmappe des gleichen Künstlers vorging, haben wir unsere schärfste Mißbilligung hierüber ausgesprochen. George Grosz ist vielleicht der einzige zurzeit in Deutschland lebende Karikaturist, dessen Werke die heutige Epoche überleben und von der Nachwelt als Zeitdenkmäler geachtet werden dürften. Gewiß offenbart sich in seinen Zeichnungen der revolutionäre Haß als starkes treibendes Moment, und oft richtet sich dieser Haß auch gegen die Führer der Sozialdemokratie, die der junge Künstler vielleicht einmal später gerechter werten wird. Aber solche Angriffe müssen ertragen werden. Die sozialdemokratischen Minister werden so oft auf ähnliche und gemeine Weise angegriffen, daß ein Angriff auf künstlerischem Niveau dagegen fast als Wohltat erscheint. Wenn einem edlen Schimpfbold das Maul gestopft wird, braucht man nicht groß zu jammern. Aber künstlerische Persiflage läßt sich mit Verboten nicht widerlegen. Ehe man Grosz verbietet müßte man jedenfalls mit den nationalen Zeichenlehrern des „Kladderadatsch“ und ähnlicher Blätter den Anfang machen, die mit dem gleichen Haß, aber mit zehnmal geringerer Können als Grosz von links die Republik von rechts her angreifen.

Wir können nicht glauben, daß Genosse Küster, der selber etwas in der Kunst geleistet hat und Karikatur von Böbele zu unterscheiden versteht, von diesem Vorgehen seines Ministeriums weiß. Er soll dem übereifrigen Geheimrat, der dieses Verbot veranlaßt hat, energisch auf die Finger klopfen.

Kammerspiele: Hugo Hofmannsthal „Der Schwierige“. Der Adel ist in Oesterreich abgesehen. Die erlauchten Grafen, die noch im Gotha stehen, geben sich nach außen hin den grauen Bürgernamen. Aber zu Hause lebt noch der Graf. Hugo Hofmannsthal, der die Kamödie dieser glücklichen Zeitgenossen schrieb, läßt sie durchaus munter und gar nicht schamhaft danach, neugierig in die etwas gemischte Welt von 1921 hineinzublicken. Ist der Dichter, der so sieht, kurzschichtig? Ist er heillosig? Es wäre schwer zu entscheiden, ob er in Armut bleibt, da er sich nur an die Gezeiten und Gezeiten hält. Ihm fehlt eben der Sinn für das Bürgerliche. Ihm braucht darum nicht der Sinn für das Künstlerische zu fehlen. Er ist ein artistischer Schriftsteller, und sein neuestes Lustspiel verrät wieder keinen ungewöhnlichen Geschmack, der nicht zu täuschen ist. Es verrät sich nicht minder das seltene Talent, einen sorten, zifferlichen Dialog zu schreiben. Uebrigens ist der Titel des Stückes mehr romanisch als deutsch. „Der Schwierige“, was wörtlich nach dem Pariserischen verdeutschelt scheint.

Dieser Schwierige ist ein äußerlich geschwiegener, innerlich etwas tiefer veranlagter Graf, der die Gräfin Helene als ein Wider-

Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Der vierte Parteitag der Deutschen Volkspartei, der in Stuttgart stattfindet, wurde eingeleitet durch eine Sitzung des Zentralvorstandes. Der Reichstagsabg. Dr. Hugo erstattete das Referat über die politische Lage. Seine Ausführungen ließen ein — allerdings sehr vorichtiges — Urteilen von den Kundgebungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie erkennen, für die die Deutsche Volkspartei nicht verantwortlich sei. Dr. Hugo sagte weiter: Der Reichsverband der deutschen Industrie habe das Verdienst, auf die Notwendigkeit der Sanierung unserer Staatsbetriebe hingewiesen zu haben. Bei einer Umstellung der Reichsbetriebe (also doch!) dürften aber die Beamtenrechte nicht geschädigt werden und das öffentliche Interesse müsse dabei Privatinteressen gegenüber gemahnt werden.

Weiter bedauerte Dr. Hugo, daß die Deutschnationale Partei von der Koalitionsbildung ausgeschlossen sei. Die Deutsche Volkspartei sei für ihre Hineinnahme gewesen, aber Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten hätten es verhindert. — Nach Hugo sprach der preußische Unterrichtsminister Dr. Boelck für die große Koalition.

Nach ausgedehnter Aussprache wurde eine Vertrauens- und Umgebung für die Reichstagsfraktion und für die preußische Landtagsfraktion beschlossen.

Maßnahmen gegen die Kartoffelnot.

Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird uns geschrieben:

Mit Rücksicht auf die lebhaften Beschwerden, die noch immer von den Verbrauchern aus den wichtigsten Bezugsbezirken über eine unzureichende Anfuhr von Kartoffeln einlaufen, sind die Regierungen der Länder von dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ersucht worden, in den Erzeugergebieten Verhandlungen zwischen Landwirtschaft, Handel und Verbrauchern einzuleiten mit dem Zweck, den unmittelbaren Abschluß von Lieferungsverträgen herbeizuführen. Als Preise sollen nach Möglichkeit die in den Erzeugergebieten von den örtlichen Kommissionen ermittelten Angemessenheitspreise zugrunde gelegt werden.

Verschleierte Wohltätigkeit.

In einem sehr zeitgemäßen Erlaß hat der preußische Minister für Volkswohlfahrt kürzlich dem Staatskommissar für die Kriegswohlfahrtspflege in Preußen und die Oberpräsidenten beauftragt, das Augenmerk auf jene Veranlassungen zu richten, die unter dem Außergewöhnlichen des wohltätigen Zweckes sehr oft nicht anderes als laute, mit Vergünstigungen verschiedener Art verbundene Feste sind, bei denen wegen der hohen Kosten der wohltätige Zweck meist sehr schlecht abhandelt. Der Erlaß nimmt Bezug auf das an den Reichsstatthalter gerichtete Schreiben des Reichspräsidenten, in dem dieser auf die Notwendigkeit hinweist, den Auswärtigen gesellschaftlichen Lebens zu fetter und die Lebensführung dem Geist der Zeit anzupassen.

Der unwissende Staatsrechtslehrer.

Prof. Bornhak lacht sich der Blamage, die der hier geführte Nachweis seiner Unrichtigkeiten für einen Staatsrechtslehrer bedeutet, dadurch zu entziehen, daß er sich von dem Gebiet des Rechtes auf das der Tatsachen flüchtet. Wenn er nicht erwähnt habe, daß unter dem alten System Reichskanzler und Reichsminister schon nach dreijähriger Dienstzeit pensionsberechtigt waren, so spielte das keine Rolle, weil unter der Republik ja doch kein Minister zwei Jahre im Amte sei. Wenn er nicht erwähnt habe, daß auch unter dem alten System Minister, die gleichzeitig Abgeordnete waren, ihre Abgeordnetenämter neben dem Ministeramt bezogen, so weiß dieser Fall früher selten gewesen sei usw.

Indem Prof. Bornhak sich auf diesen Boden stellt, beweist er nur, daß sein ganzer Artikel über Ministerpensionen gerade von seinem Standpunkt aus hinfällig war. Denn seinen mit Ge-

spenstiger umwirbt. D. h. er neigelt mit der anderen. Er kompromittiert sich sogar, um nicht das richtige Herz zu zeigen. Und die Explosion der Wahrheit, die darum durchaus nicht verkappte Kluge ist, vollzieht sich in gedanklichem Moll. Immer nur aristokratischer Salon, märchenhafte Fiktionen, die Mutter, die ihren drauen Jüngling an die Schöne bringen will, der Galie, der nicht merkt, daß ihm schon die Hörnlein angewachsen sind. Bei alledem aber, diese schöne, amuzige und wihige Sprache Hofmannsthal. Tempo wird erzielt durch Weist, Kampfenemperament, das der Dichter nicht achtet, wird erzielt durch enthalten angebrachte psychologische Wirkungen.

Man spielt nicht immer wie man sollte. Man war nicht immer süß genug, sondern nur fad. Man vertraute z. B. Herrn Edhofer die tragende Rolle des schwerigen Lebensmenschen an der auch Weltmann sein soll. Dem Künstler fehlt aber das Gelesie, er ist kein gelassenes Naturell, das keine Sprigkeit ins Bewußtsein einweilen könnte. Frau Thimig spielte sehr erfolgreich und innerlich die Frau, die der reinen Liebe fähig ist. Frau Christians war schön und überlegen als mißverstandene Gattin, die mit großer Geiste die seelische Dürftigkeit liebt. Herr Thimig spielte in einer Person den Jüngling, der dumm und Bisittus zugleich ist, den lebenswürdigen, der mit eihernen Gedankenspißern erkauft sich herumwirft.

„Die Frau im Islam“. Bei flackernder, schwelender Kerzenbeleuchtung — der Hörsaal war gerade so hell, daß man die Dunkelheit sah — sprach Dienstag abend im Orientalischen Seminar Dr. Ahmed Wala, ein Mohammedaner, über die Stellung der Frau im Islam. Für jeden, der in seinem Leben einmal mit reaktionären Geistlichen zu tun gehabt hat, wurde dieser Vortrag zur wahren Freude. Denn jeder fortschrittlich gefasste Politiker, jede strebende Frau, ganz gleich ob im Morgen- oder im Abendland, sie alle haben es bitter empfinden müssen, was es heißt, wenn der Rückschritt sich hinter Gottes Wort verjagt, dem Aufstieg des Einzelnen und ganzer Volksklassen hemmend wird und reaktionäre Geistesüberlebte Sitten und Religion miteinander verwechseln. Ruhig, ohne je aufzukommen, ohne jedweden Angriff, rein wissenschaftlich, ganz Korankenner sprach Ahmed Wala. Die Lehre des Islam macht keinen Unterschied zwischen Frau und Mann. Die Ehe ist ein Heiligtum. Die Frau soll die Kameradin des Mannes sein. Der Mohammedaner darf heiraten, wen er will, aber seine Frau muß eine Religion haben. Folglich ist ihm auch die Ehe mit der Christin und mit der Jüdin erlaubt. Heiratet er mehrere Frauen, muß er allen die gleiche Behandlung zuteil werden lassen. Da das aber kaum durchzuführen ist, ergibt sich in der Praxis die Forderung der Einhe, die auch eine Koranverse erhebt. Doch sind Teilwerke oft geschickt ausgeführt und so hat man allerlei Bequemlichkeiten geschaffen, und schließlich mit dem Islam in Verbindung gebracht. Auch gebietet der Koran nicht die Verschleierung der Frau. Früher hat dieses Gebot in den islamitischen Ländern überhaupt nicht bestanden. Diese Sitte wurde von den Römern übernommen. Als die Tataren zu ihrer Zeit das arabische Reich zerstückelten, wurde der Islam wesentlich verändert. Es fanden sich später auch Gelehrte, die erklärten, die Frau darf nichts sein. Mohammedanische Länder hat man zurzeit nur dem geographischen Begriff nach, denn diese Länder sind nicht vom lebendigen Islam erfüllt. Der Islam war nie für Unmögliche, der Islam sagt auch zu der Frau: Verne und arbeite! Zudem ist die Stellung der Frau in den verschiedenen Klassen der Redner

höflichkeit gegen die Republik reichlich gespielten theoretischen Ausführungen liegt nur ein einziger praktischer Fall zugrunde, der Fall Fehrenbach. Kein einziger Sozialdemokrat bezieht auf Grund seiner Eigenschaft als früherer Reichsminister Pension. Die Bestimmung, daß die Tätigkeit als Rechtsanwalt usw. auf das Befoldungsalter angerechnet werden kann, ist weder von einem sozialdemokratischen noch demokratischen Rechtsanwalt, der Reichsminister wurde, jemals für sich ausgenutzt worden. Nur für Herrn Fehrenbach, der — unglücklicher Bornhak! — Präsident eines rein bürgerlichen Kabinetts war, wurde eine Ausnahme gemacht, und diese auch nur wegen seines hohen Alters. Es trifft eben nicht zu, was Herr Bornhak in seinem ersten Artikel behauptete, daß Fehrenbach nach Beendigung seiner Konzerttätigkeit ohne weiteres seine Anwaltsstätigkeit wieder ausüben konnte, denn er hatte inzwischen die Siebzig überschritten. Wenn Bornhak den Fall Fehrenbach als „typisch“ bezeichnet, so ist dies nur typisch für seine unwahrhaftige Darstellungsmethode, denn der Fall Fehrenbach ist ein völlig isolierter Einzelfall.

Diese unwahrhaftige Darstellungsmethode findet sich auch wieder in der Behauptung Bornhaks, daß das Kollertum und preußische Königium dem deutschen Volk „keinen Pfennig gestiftet“ habe. Denn wenn man ohne juristische Spitzfindigkeiten die Tatsachen betrachtet, so hat Wilhelm II. gegen Schluß seiner Regierung aus öffentlichen Mitteln für die 21 Millionen Mark — Goldmark — bezogen, die das Volk durch Steuern aufbringen mußte. Der heutige Reichspräsident bezieht zusätzlich seiner Aufwandsentschädigung 400 000 Papiermark jährlich, das sind nach dem Markkurs der letzten Wochen etwa 7000 Goldmark. Wilhelm hat also fast genau 3000 (Dreitausend) mal soviel gestiftet, als der heutige Repräsentant des Reiches. Es gehört schon die eiserne Stirn eines reaktionären Professors dazu, um danach die Hohenzollern-Herrschaft als die „billigste Staatseinrichtung“ zu preisen!

Die Sanktionen.

London, 30. November. (Neuer.) Soviet in wohlfürerlichen Londoner Kreisen bekannt ist, ist kein Vorschlag an die Woffhasterkonferenz gemacht worden, die militärischen Sanktionen am Rhein aufzuheben. Es verlautet, daß die ganze Frage lange erwoogen worden ist, aber es ist noch kein Schritt der Woffhasterkonferenz unternommen worden.

Die Redung ist widerstandsvoll. Ein Vorschlag bedeutete doch noch keinen Schritt der Woffhasterkonferenz!

Zensur in Elsaß-Lothringen.

Strasbourg, 30. Nov. (M.Z.) Zurzeit wird vor dem Straßburger Schöffengericht folgendes verhandelt: Ein Verleumdungsklage mehrerer Pariser Zeitungen namens Cas Soprava, ein Korke mysteriöser Herkunft und Tätigkeit, hat die Herausgeber der Straßburger „Dépêche“, Schuler und Wind, wegen Verleumdung verklagt. Er war von diesen beschuldigt, für Frankreich Spiondienste in Elsaß-Lothringen zu leisten. Die französische Regierung hat allen elsaß-lothringischen Zeitungen verboten, Verleumdungen zu bringen. Man glaubt infolge des Schweigegebots, daß sich das offizielle Frankreich in diesem Prozeß stark kompromittieren müßte.

Staatliche Fürsorge für die oberhessischen Staatsbeamten. Der preußische Finanzminister hat bestimmt, daß denjenigen unmittelbaren Staatsbeamten aus dem an Polen abzutretenden Gebiete Oberhessens, die ihre Familien aus besonderen Gründen nach dem neuen Dienort oder nach einem Zustuhtort vorzuschicken müssen und dadurch gezwungen sind, einen doppelten Haushalt zu führen, Beschäftigungsgeld und gegebenenfalls Zuschüsse gewährt werden sollen.

Die deutsche Hilfsexpedition in Kasan wird geführt von Professor Wilans und dem Hauptvolkswirtschaftlichen des deutschen Kreuzes Talberg. Die Expedition besteht aus 30 Mitgliedern und fährt etwa 40 Waggons mit sich.

sprach zwar bloß von Kogniten und Tripolis, man kann aber auch dieselbe Beobachtung in anderen mohammedanischen Ländern machen) sehr unterschiedlich. Die typische reiche Frau sitzt zu Hause, verbringt viel Zeit im Nichtstun und die arme Frau arbeitet mit ihrem Manns Hand in Hand.

Kindheitserinnerungen. Die Angaben darüber, wie weit die frühesten Kindheitserinnerungen zurückreichen, ergeben eine große individuelle Verschiedenheit. Sie werden von manchen Menschen bis in den sechsten Lebensmonat zurückverlegt, während andere von ihrem Leben bis zu ihrem vollendeten sechsten oder gar achten Lebensjahr nichts wissen. Die Kindheitserinnerungen stehen im allgemeinen in plastischen Gesichtsbildern vor uns, ähnlich wie eine Szene auf der Bühne, bei denen uns auch die eigene kindliche Person vor Augen steht. Diese „bildhafte“ Art des Erinnerens haben die Kindheitserinnerungen mit den Träumen der Erwachsenen gemein, während die Erinnerungen aus späteren Lebensjahren in vielen Fällen durchaus nicht mehr als „Gesichtsbilder“ erscheinen. Im allgemeinen ist es erstaunlich, wie wenig aus unseren ersten Lebensjahren in unserer Erinnerung haften bleibt, trotzdem doch Intelligenz und Gefühlleben eines Kindes von etwa vier Jahren schon sehr hoch entwickelt sind und Eindrücke, die Kinder in diesem Lebensalter empfangen, von sehr bestimmendem Einfluß auf ihre Entwicklung sein können. Von Psychoanalytikern wird das Verblissen unserer Kindheitserinnerungen und vor allem auch die häufige Enistellung des Erlebten nicht einfach auf Mangel an Gedächtnis zurückgeführt, sondern auf die Veränderung unserer Erinnerungsfähigkeit durch den Eindruck starker Mächte während unserer späteren Kindheit.

Briand der allgegenwärtige. Briand hat zwar schon öfters bewiesen, daß er sehr schnell seinen Blick wechseln kann; aber die erstaunliche Leistung, die ihm das französische „Journal officiel“ zumutet, dürfte doch einige Bewunderung erregen. Aus dem amtlichen Parlamentsbericht erfährt man nämlich, daß R. Aristide Briand an allen Abstimmungen teilgenommen hat, die bei der Sitzung vom 25. November stattfanden. Er stimmte z. B. für den Antrag Isaac, während er sich gegen den Antrag Vincent Auried wandte und verneinte bei der Abstimmung einen Zusatzantrag Louis Deschamps. Alle diese wichtigen Entscheidungen nahm das Kammermitglied Briand vor, während zugleich der Premierminister Briand in Washington Aufsehen erregende Reden hielt und die Welt in Staunen setzte. Interessant ist es dabei, daß der offizielle französische Parlamentsbericht solche Hergangsstücke nur Briand zutraut, während sein Kollege Journier Carlovitz, der sich mit ihm zusammen in Washington befand, nicht mit abstimmt, sondern ausdrücklich als „mit Urlaub abwesend“ aufgeführt wird.

Deutsches Opernhaus. Die deutsche Erstaufführung von Puccini's „Bohème“ beginnt am 7. Uhr, während die Wiederholungen, deren erste am Sonntag stattfindet, um 7 1/2 Uhr beginnen.

Im Neuen Theater findet heute abend 7 1/2 Uhr die Erstaufführung von „Der Raub der Sabinerinnen“ statt.

Von den Mitgliedern des Deutschen Theaters gelangt am Mittwoch, den 7. Dez., 8 Uhr, „Erzählung Quixote“, ein Weihnachtsmärchen von Fritz Peter Wolf, Musik von Fritz Müller-Ortmann als Sondervorstellung zur Aufführung. Die Aufführung ist als Veranstaltung zugunsten der Kinder-Weihnachtsbescherung und des Schauspielers-Aldersheim in Belmor gedacht.

Etat des Wohlfahrtsministeriums

Der Landtag hat gestern die Verordnungen über die vorläufige Forderung von Gerichtsbezirken anlässlich der Ausführung des Alliiertenvertrages debattiert und angenommen. Darauf wurde die Haushaltsberatung fortgesetzt.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.):

Das vom Wohlfahrtsminister gestern entwickelte Programm können wir im großen und ganzen billigen. Von unseren Anträgen zu diesem Etat hat der Hauptauschuss leider die meisten abgelehnt. Wir meinen aber, daß dies eine falsche Sparfahigkeit ist und daß gerade an der Volksgesundheit sich jede Vernachlässigung bitter rächt. So muß z. B. das Krüppelheim in Dahlen bei seiner großen internationalen Bedeutung unbedingt erhalten bleiben, und deshalb müssen wir die 500 000 M. Staatszuschuß bewilligen. Die Wohlfahrtspflege und die soziale Fürsorge muß immer mehr als eine gesellschaftliche Pflicht betrachtet werden, nicht als eine Wohlthatigkeit, die in das Bestehen des einzelnen gestellt ist. Auch in das Ministerium muß diese neue Auffassung einziehen. Es gibt im Wohlfahrtsministerium noch einige

Beamte des alten Systems.

die sich den neuen Verhältnissen nicht recht anpassen können. So hat sich im Hauptauschuss ein Ministerialdirektor gegen die Kritik, die sich unser Fraktionskollege Regierungsrat Beyer an einigen Maßnahmen der Regierung erlaubt, Bemerkungen erlaubt, die wir zurückweisen müssen. Gestagt wird vielfach über eine Zurücksetzung der Krankenkassen seitens des Ministeriums. Man gibt einschmeichelnde Erlasse heraus, ohne mit den Krankenkassen vorher Fühlung zu nehmen. So hat man ohne vorherige Fühlungnahme in einem Erlaß über die Schärfer der Krankenkassenangelegenheiten in die Tarifverträge eingegriffen. Unberechtigt ist auch die Gebührenerhöhung für die Ärzte im besetzten Gebiet.

Nähere Aufklärung wünschen wir über die

Tätigkeit Brunners im Wohlfahrtsministerium

und die Mittel, die dafür zur Verfügung stehen. Unverstanden sind wir mit dem Standpunkt des Ministers in der Wohnungsfrage. Auch wir glauben, daß die freie Wirtschaft den Wohnungsbau nicht fördern würde. Aber geändert werden muß die bisherige Art der Zuschußpolitik an die Gemeinden. Staatliche Wohnungszuschüsse sollten überhaupt nicht an Private, sondern nur an Gemeinden und gemeinwirtschaftliche Betriebe gezahlt werden. Die sozialen Baubetriebe sind möglichst zu fördern. Eine grundlegende Forderung unseres Wohnungswesens sind aber nur erachtet werden, wenn man die Richtlinien annimmt, die von den Gewerkschaften und den beiden sozialistischen Parteien für einen gemeinwirtschaftlichen Betrieb der Wohnungsbauwirtschaft aufgestellt sind. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau Dr. Lauer (Z.): Die bisherigen Bauzuschüsse sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Verkümmern und Verwahrlosung unserer Jugend muß mit allen Mitteln vorgebeugt werden.

Abg. Stühmann (Dnt. Sp.): In der ethischen Unterbilanz unseres Volkslebens ist

nicht die Revolution schuld.

Sondern es liegt ein Mangel einvernehmlich vor. Denken Sie an das Wort Schenkenbergs vor 100 Jahren: Wir haben alle gesündigt! Erst nach dieser Erkenntnis war die Bahn für den Stein-Hardenbergschen Aufbau frei. Dieses Aufbauprogramm v. Steins hat noch heute Geltung.

Abg. Engberding (D. Sp.): Die jetzige Wirtschaftspolitik ist für den Hausbesitz unerträglich, er muß wieder zu seinem Recht kommen.

Abg. König (Komm.) begründet einen Antrag auf völlige Entziehung des Haus- und Grundbesitzes und Ueberführung auf Reich, Staat und Gemeinde.

Abg. Dr. Wehl (U. Soz.): Das Programm des neuen Ministers hat uns imponiert. Ich wünsche ihm nur einen eifrigen Befehl. Wenn ich aber höre, daß Prof. Brunner Dezernent für die Jugendwohlfahrt ist, so weiß ich nicht, wen ich mehr bedauern soll, Prof. Brunner, den Minister oder die Jugend. (Heiterkeit.) Solche Eitelkeitschmücker gehören nicht in unseren Staat. (Zuruf rechts: Unerhört!) Das Hebammengeheiß muß zeitgemäß umgearbeitet werden. Hoffentlich greift der Minister auf dem Gebiete des Wohnungswesens energisch durch.

Abg. Dr. Höpfer-Kühn (Dnt.) erklärt sich grundsätzlich gegen die Sozialisierung des Wohnungswesens.

Abg. Quast-Fasten (Dnt.): Wir sind immer sozial gewesen, schon vor dem Kriege. (Rachen links.) Bei aller Bewilligungsfreudigkeit müssen wir aber an die Deckung denken.

Abg. Frau Ege (Soz.):

Unter dem Minister Egerwald ist viel verkümmert worden, obwohl Egerwald großen Einfluß hatte. Unsere Anträge bezogen eine erhöhte Bereitstellung von Mitteln, um die Frauen stärker zur Mitarbeit in der Wohlfahrtspflege und sozialen Fürsorge heranzuziehen. Selbst Egerwald hat anerkannt, daß es ohne die Frauen in der Wohlfahrtspflege nicht geht.

Die Säuglingssterblichkeit

hat in der letzten Zeit wieder stark zugenommen. In erster Linie ist der hohe Milchpreis daran schuld. Alle schönen Reden von einer intensiven Bekämpfung der Tuberkulose sind gleichfalls bei diesem Milchpreis nur Phrasen, denn jeder weiß, daß gerade Tuberkulosekrankheit sehr der Milch bedürftig ist. Wir verlangen ferner die Verwertung der Heiläber durch das Wohlfahrtsministerium, damit endlich einmal auch den Armen die Gelegenheit gegeben wird, ihre Krankheiten durch Kuren zu heilen. Die Anzeigepflicht für ansteckende Krankheiten, insbesondere von Geschlechtskrankheiten ist dringend geboten. Auf diesem Gebiete hat Preußen vollkommen versagt, und wir haben die Pflicht, möglichst schnell diese Verhältnisse nachzuholen. (Beifall b. d. Soz.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Frau Böhm (D. Sp.) und Frau Trendelenburg (Komm.) ergreift nochmals das Wort

Volkswohlfahrtsminister Hieslauer:

Herr Prof. Brunner steht auf dem Etat meines Ministeriums, wo er einzelne Angelegenheiten der Jugendpflege bearbeitet. Die kriminelle Bekämpfung von Schmutz und Schand ist Gegenstand seiner Tätigkeit beim Polizeipräsidenten. Sollten sich bei der Verwendung des Prof. Brunner im „Reigen“-Prozess Schwierigkeiten ergeben haben, welche dienstliche Vorhaltungen erwünscht erscheinen lassen, so wäre dies Sache des Innenministers oder des Polizeipräsidenten gewesen. Es ist aber keine solche Mitteilung an mich gegangen. Mit der Theaterpolizei hat das Wohlfahrtsministerium nichts zu tun und verfügt auch nicht über Mittel, die zur Störung von Theatervorstellungen mißbraucht werden können.

Abg. Frau Christmann (U. Soz.): Die Prügelstrafe muß in den Fürsorgeanstalten aufgehoben werden. In den Fürsorgeanstalten Wärs bei Düsseldorf und Kaiserwerth am Rhein sind ungläubliche Mißhandlungen der Zügelinge vorgekommen. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) In Kaiserwerth wurde ein Mädchen bis zum Selbstmordversuch getrieben.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Frau Böhm (Dnt.) und des Abg. Radendorf (B. R.) vertagt sich das Haus auf Dienstag, den 6. Dezember, 1 Uhr: Landwirtschaftssetat, keine Vorlagen, Abkündigungen.

Schluss nach 9 Uhr.

Landru zum Tode verurteilt.

Der vielfache Frauenmörder Landru wurde vom Schwurgericht zum Tode verurteilt.

Unsere Aufgaben in der Regierung + Amnestie.

Vor den Berliner SPD-Funktionären sprach gestern im Dinkauer Hof zunächst

Ministerpräsident Genosse Otto Braun

über die augenblicklich im Vordergrund des Interesses stehenden Fragen der inneren Politik und über unsere Aufgaben in der Regierung. Er führte aus:

Wir haben in der Regierung im Sinne unserer sozialistischen Weltanschauung für die proletarischen Massen zu wirken. Das wäre eigentlich alles. (Heiterkeit.) Unser ganzes Streben in der Partei war darauf gerichtet, die politische Macht zu erringen, aber wir haben uns einverstanden mit einem Teil der Macht begnügen müssen. Es ist viel vorteilhafter, einen Teil der Macht auszuüben, als sich völlig ausschalten zu lassen, und danach haben wir stets gehandelt, wenn man davon auch eine Schwächung der agitatorischen Kraft fürchtete. Aber man muß

den Mut zur Unpopularität

haben, und der ist um so größer, als das deutsche Volk Jahrhunderte lang am Gängelband geführt wurde und dessen politische Schulung noch sehr im Argen liegt. Wir kamen in einer Zeit zur Macht, die so unangenehm als nur möglich war. Aber die Partei muß imstande sein, die Aufgabe durchzuführen, die uns die Geschichte zugewiesen hat. Manche Genossen sagen: „Nacht doch die anderen regieren, sie sind schuld an dem Zusammenbruch!“ (Sehr richtig!) Wir haben das Experiment ja im Reiche und in Preußen gemacht, und die Ergebnisse liegen nicht im Interesse des Volkes. Wir müssen uns entscheiden, ob wir die Katastrophopolitik der äußersten Linken oder vernünftige Aufbaupolitik treiben wollen. Es kann doch noch schlimmer kommen, das lehrt Russland! Wir müssen Gesetzgebung und Verwaltung in unserem Sinne beeinflussen. Wir müssen

den Kampfboden der demokratischen Republik.

auf dem der Wirtschaftskampf der nächsten Jahrzehnte ausgefochten werden wird, so festigen und erhalten, daß keiner die Republik stürzen kann.

Die dringenden Befehle über eine neue Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung und ein neues Verwaltungsgesetz lagen fertig vor, als wir auswichen, in dem halben Jahre unserer Abstinenz sind sie nicht an das Parlament gekommen. Nun müssen wir sie erneut weiterführen. Wenn wir die Republik nicht festigen, wenn wir nicht die Jugend erziehen — (Zuschrei: Wohl!) Genossen, wir können leider nicht Wunschpolitik treiben, sondern müssen Wirklichkeitspolitik treiben. Dazu zwingt der Ausfall der Wahlen. Ich fürchte, daß Reformen überhaupt nicht durchgeführt werden können, weil die Mittel fehlen.

Ein Schulsystem, das Jahrzehnte bestanden hat, ist nicht in wenigen Jahren umzustellen. (Lebh. Zustimmung.) Genau so wenig ist es möglich, den alten Beamtenkörper in drei Jahren umzugestalten. Wie die Konterpartien die Beamten auf die Monarchie eingestellt haben, müssen wir

die Beamten auf die Republik umstellen.

Es muß für einen aufrechten Beamten viel leichter sein, frei der Republik zu dienen, als getrieben in einem monarchischen Staate zu arbeiten. Wenn es gelingt, die Republik zu festigen, wird die Beamenschaft sich auch auf die Republik einstellen. Ist das schneller zu erreichen, wenn die Sozialdemokratie außerhalb der Regierung bleibt? Nein, das kann nur erreicht werden, wenn wir teilhaben an der Regierung. Gewiß können sich die Verhältnisse so gestalten, daß es günstiger ist, nicht hineinzugehen. Kann sich in der großen Koalition die Sozialdemokratie nicht auswirken? Wir müssen uns hüten vor den Schlagwörtern, die nur das Denken einschläfern, wie z. B. dem von der „Sinnespartei“. Keine ist äußerlich links nicht mehr aktuell, jetzt ist Sinnes dran. Die Koalitionler werden sich auf die mittlere Linie der Politik der vier Koalitionsparteien einstellen müssen. Es muß eine gewisse Stetigkeit in unser politisches Leben! Es kommt darauf an, daß

die Parteigenossen Vertrauen haben

zur Partei und ihren Führern, denn es spricht sich Schwäche darin aus, wenn man fürchtet, daß volksparteiliche Denkart auf uns abfärbt. Ist es in der steigenden Not besser, jetzt nicht in der Regierung zu sein, oder kann es besser werden, wenn die Sozialdemokratie in der Regierung ist. Keine Regierung kann eine schnelle Besserung herbeiführen, da die ganze Welt verarmt ist. Die sozialistischen Ideen werden ihre werdende Kraft behalten. Vielleicht werden wir einmal sagen, die derzeitige Koalition war ein Fehler. Wer aber nicht den Mut hat, einen Fehler zu machen, der hat überhaupt keinen Mut zur Tat, und darum werden wir, die wir den Mut zur Tat haben, so denke ich, doch beweisen, daß die Entwicklung in unserem Sinne fortschreite und zu unseren sozialistischen Zielen führt. (Großer Beifall.)

Reichsjustizminister Genosse Radbruch

führte zur Frage der Amnestie aus: Alle Kommissionen haben bestätigt, daß die Hungerstreiks nicht wegen der Behandlung, sondern wegen der Lage der Angehörigen und wegen der noch nicht erfolgten Befreiung der Rapp-Verbrecher geführt wurden. Es sollte eine allgemeine Amnestie erreicht werden. Wir müßten uns gegen diese Hungerstreiks wenden, da wir sie sonst überall bekommen hätten, auch bei den nichtpolitischen Gefangenen. Der Redner zeigt, ohne zu verallgemeinern, an Beispielen, welcher Art die Vergehen einzelner Gefangener waren, die teilweise lebhaft Erregung erweckten. Es ist gelungen, die Hungerstreikenden vor Gesundheitschädigungen zu bewahren. Außerdem soll

für die Angehörigen gesorgt

werden. Leider ist der Justizminister kein Minister der Gerechtigkeit, er ist nur ein Gesetzgebungsminister. Er hat nur zwei Mittel, sachliche Kritik und die — Zeit. Auch in der Justiz wird vieles anders, wenn erreicht wird, daß die Republik als unabänderlich feststehende Staatsform jedem erkennbar wird. Uchlenburg war ein Versuchsdiktator der Kommunisten. (Sehr richtig!)

Als ich die

Zeitungs-Dokumente

bekam, war ich entsetzt. Es galt, sie der Öffentlichkeit bekanntzugeben, um der Arbeiterschaft zu zeigen, wo die wahren Arbeiterverräter sitzen, und es galt die Öffentlichkeit für die Gefangenen zu interessieren, die schuldlos Opfer dieser Arbeiterverräter geworden sind. (Sehr richtig!)

Zur Festigung der Republik gehört auch, daß wir den Mut haben, gegen alle Leute aufzutreten, die sie untergraben. Ihnen gegenüber müssen wir nicht nur Gerechtigkeit üben, sondern auch die Kraft zur Notwehr ausbringen. (Lebhafte Beifall.)

In der

Diskussion

unterzog Horn den Reichshauptstadtkommissionen die Kritik. Genosse Böhmertal: Wo immer wir mit der Sinnespartei zusammengewirkt haben, hat es der schaffenden Bevölkerung keinen Erfolg gebracht. Man mache die Erfassung der Sachwerte zum Gegenstand einer Volksabstimmung! Genosse Kahrenstein: Sinnes und seine Gruppe beherrschen die Deutsche Volkspartei und so wird diese Partei für eine Politik in unserem Sinne nicht zu haben sein. — Genosse Herms hält das Arbeiten in der großen Koalition für notwendig. — Genosse Bernhard Krüger: Wir haben die Pflicht, unsere Parteigenossen in der Regierung zu unterstützen. Es gilt vor allem

die Einheit der Partei zu wahren.

(Lebh. Zustimmung.) In vielen Beispielen zeigte der Redner das Vorgehen der Kommunisten. Wenn sich Parteigenossen finden, die

dieser Gesellschaft bei ihrem Kammern noch zustimmen, dann steht einem der Verlust still. Wir sind als Sozialdemokraten berufen, Führer der deutschen Arbeiterschaft zu sein, und in diesem Sinne haben wir zu wirken. (Lebh. Bravo!) — Genosse Plewe führt aus, es sei mehr Sympathie für die Sozialdemokratie unter den Beamten vorhanden als allgemein angenommen wird. (Zustimmung.) Ein Schlußantrag wird angenommen. Im

Schlusswort

sagt Genosse Braun: Auch ich weiß, daß hinter dem Werke Sinnes sich eine große wirtschaftliche Macht verbirgt, aber ich wende mich dagegen, daß man jeden Vorgang als Sinnesfrage kennzeichnet. Hier ist die Frage, ob man eine große wirtschaftliche Macht allein wirken lassen will oder nach Maßgabe seiner politischen Stärke an der Macht teilnimmt. Ich glaube, das letztere ist besser. Man tut unserer Partei Unrecht, wenn man sagt, daß in den letzten drei Jahren nichts getan worden sei. Denkt nur an die Kämpfe früherer Jahrzehnte, wie wir um eine Forderung des Dreiklassenwahlrechts große Demonstrationen veranstalteten. Und wer damals erklärt hätte, daß im Jahre 1921 der preussische Ministerpräsident und der Reichsjustizminister vor den Parteifunktionären reden würden, den hätte man in eine Kalkwasserzelle gesteckt. (Stürmische Zustimmung.) Nehmen Sie das nicht als einen Zuspruch der Selbstzufriedenheit, ich bin unzufriedener als Sie. Aber diese Unzufriedenheit darf uns nicht den Blick für die Realitäten der praktischen Politik trüben. Ohne

die Zerspaltung der Arbeiterschaft

würden wir mehr schaffen können. Daher haben die Zerspaltung der Arbeiterschaft das größte Verbrechen an der Arbeiterschaft begangen und sie trifft die Schuld, wenn nicht mehr erreicht wurde. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen jene proletarischen Kräfte zusammenfassen, die noch „linksradikal“ oder indifferent sind. Ich rede einer Einigung nach links unter Aufgeben unserer Prinzipien nicht das Wort. Da darf es keine Schwäche und keine Ruhe

geben. Konsequenz müssen wir unsere Politik treiben. (Stürmischer Beifall.)

Wodann wurden einstimmig folgende

Entschlüsseungen

angenommen:

1. „Die Aufgabe der Sozialdemokratie in den Regierungen des Reichs und der Länder ist die Verhinderung des wirtschaftlichen und staatlichen Zusammenbruchs Deutschlands, die Sicherung der Republik und der Demokratie, die tatkräftige Anbahnung des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaus mit dem Ziel der sozialistischen Gesellschaft. In der Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien kann deshalb die Sozialdemokratische Partei nur bleiben, solange ihre Vertreter in diesem Sinne arbeiten können. Die Funktionäre und Betriebsvertrauensleute der SPD. Groß-Berlins haben zu ihren Genossen das Vertrauen, daß sie mit aller Kraft an der Durchführung dieser Grundzüge arbeiten und ihre Ämter der Partei zur Verfügung stellen werden, wenn sie hierbei auf unüberwindliche Hindernisse stoßen. Insbesondere erwarten die Funktionäre, daß die Steuererhebung, die eine Lebensnotwendigkeit Deutschlands ist, mit einer gerechten Belastung des Besitzes und einer ausreichenden Erfassung der Sachwerte sofort durchgeführt oder an die Entscheidung des Volkes appelliert wird.“

II.

„Die Funktionäre und Betriebsvertrauensleute der SPD. Groß-Berlins billigen die Haltung des Reichsjustizministers Genossen Radbruch und der sozialdemokratischen Fraktionen in den Parlamenten gegenüber den Hungerstreiks in den Strafanstalten und erwarten, daß die versprochene Nachprüfung der Urteile aus dem mitteldeutschen Busch und weitgehende Begnadigung schnellstens erfolgt. Mit tiefster Empörung haben die Funktionäre aus den veröffentlichten Zeitungs-Dokumenten erneut Kenntnis erhalten von der verbrecherischen Rolle kommunistischer Führer im mitteldeutschen Busch. Die Funktionäre werden alles daran setzen, um durch reifliche Aufklärungsarbeit auch den letzten Arbeiter der Gefolgschaft dieser Verbrecher zu entreißen.“

Nach einem Schlusswort des Genossen Franz Krüger, das in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Partei ausklang, wurde die Konferenz um 10 Uhr geschlossen.

Schwindel über Schwindel!

Von der Zentrale der SPD. ist die rettende Parole herausgegeben worden: Lügt und schwindelt auf Teufel komm raus, damit der Eindruck der Eberlein-Dokumente verwischt wird. Diese Parole wird redlich befolgt. Hugo Eberlein hat seinen Betreuer erzählt, der „Spiegel“ Ferry, der Urheber des Siegesfäulnissentails, sei von der Regierung aus dem Zuchthaus entlassen worden. Die Regierung hat hierzu bereits erklärt, daß Ferry nach wie vor im Zuchthaus zu Rendsburg sitzt. Da die Kommunisten diese Erklärung aber bezweifeln werden, so sei die Erklärung hinzugefügt, die der Verteidiger Ferrys, der kommunistische Justizrat Broh (KPD), der B.-S.-Korrespondenz übermittelt. Broh erklärt:

Eberleins Angaben sind aus der Luft gegriffen. Ferry ist vor kurzem aus dem Zuchthaus zu Sonnenburg nach dem Rendsburger Zuchthaus übergeführt worden. Gegen diese Ueberführung nach der dänischen Grenze hat Herr Bescherwerde erhoben, da hierdurch seinen Angehörigen Belüftung zur Unmöglichkeit gemacht werden. Sollte sich Ferry wirklich nicht mehr im Zuchthaus befinden, so könne nur eine Flucht in Frage kommen, die der Verteidiger aber auch für ausgeschlossen hält. Eine Begnadigung Ferrys durch die Regierung sei vollkommen ausgeschlossen, da Ferry niemals in irgendwelcher Beziehung zur Regierung gestanden habe und das Attentat lediglich seinem Kopfe entsprungen sei.

Mit Ferry ist es übrigens eine eigentümliche Sache. Er wird von den Kommunisten abwechselnd als „proletarischer Held“ gefeiert und dann wieder als „Spiegel“ beschimpft. Es ergreift ihn ähnlich wie Kempin, dem Luftschifffahrer in Leunawerth, den die Kommunisten im Untersuchungsanschuß für einen ehrlichen Kämpfer erklärten, dagegen im Plenum durch Zwischenrufe als Spiegel bezeichneten, je nachdem man's braucht!

Mustergültiges im Schwindel leistet sich die „rote Fahne“. Sie schreit auch vor offensichtlich Fälschungen nicht zurück. Ein Beispiel für viele:

Im „Vorwärts“ (Abendblatt vom 29. November) heißt es unter anderem:

„Daß diese Komödie (die Gründung der „proletarischen Zeitung“ einer neuen Betriebsratorganisation) einen tragikomischen Abschluß fand, ist nicht das Verdienst der Kommunisten, sondern der Veröffentlichung des „Vorwärts“.“

In der „Roten Fahne“ wird dieser Satz so umgefälscht (Morgensache vom 30. November):

„Dieses Verdienst“ fährt der „Vorwärts“ wörtlich fort, „ist nicht das Verdienst der Unabhängigen, sondern usw.“

Aus den „Kommunisten“, gegen die sich der „Vorwärts“ wandte, sind dadurch im Handumdrehen die Unabhängigen geworden! Der Zweck des Fälschens liegt klar zutage!

Gewerkschaftsbewegung

Friede in den städtischen Werken.

Nachklänge zum Angestelltenstreik.

Der Streik der städtischen Angestellten ist endgültig beendet. Am Mittwoch vormittag stimmte eine Vollversammlung der Streikenden den Abmachungen zu, die am Dienstagabend im Reichsarbeitsministerium getroffen wurden. Auch der Magistrat gab in seiner Sitzung vom Mittwoch seine Einwilligung. Damit wäre die ganze Geschichte erledigt und man hätte nicht mehr nötig, sich mit ihr zu beschäftigen, wenn es nicht eine bürgerliche Presse gäbe. Von der „Morgenpost“ bis zur „Deutschen Zeitung“ weiß sie nichts Besseres zu tun, als über den „wilden“ Streik zu schimpfen, der von einigen „siebzig Kaditalkas“ vom Jaune gebrochen wurde, der Stadt ungeheuren Schaden zufügte, und endlich bewies, daß die Arbeiter- und Angestelltenchaft kein Verantwortungsgesühl hat. Das „Berliner Tageblatt“ läßt durch P. M. den Angestellten eine große Vorlesung über Demokratie halten und zieht zu gleicher Zeit aus dem Streik den Schluß, daß es mit den kommunalistischen Betrieben nichts ist.

Die Berliner Arbeiterchaft kennt die Vorgeschichte des Streiks besser, wir können es uns daher erparen, darauf einzugehen, was die bürgerliche Presse über diese Vorgeschichte erzählt. Wir stellen nur fest, daß die Angestellten alle Verhandlungsmöglichkeiten vollständig erschöpft haben. Sie haben nach der Ablehnung des Schiedsspruches vom 21. November nicht sofort den Streik proklamiert, sondern sieben Tage verstreichen lassen und waren während dieser Zeit unausgesetzt bemüht, eine Einigung zu erzielen. Die bürgerliche Mehrheit der Stadtvollversammlung hat am Montagabend einen Antrag abgelehnt, der forderte, daß man sich sofort mit den Wünschen der Angestellten beschäftige. Dann erst wurde der Streik beschlossen. Es ist eine böswillige Verleumdung der Arbeiterchaft, wenn behauptet wird, sie habe ihn vom Jaune gebrochen. Nach dem, was sich gestern mit Beginn des Streikes abgespielt, kann man die Vermutung nicht mehr los werden, daß Herr Oberbürgermeister Böß diesen Streik gewollt hat. Er war es, der das Angebot der Streikleitung, die auf den Straßen stehengebliebenen Straßenbahnwagen in die Depots zu führen, ablehnte und erst nach einer Stunde, als alle Räder stillstanden, darauf einging. Wenn die Angestellten tatsächlich so verantwortungslos gewesen wären, wie im Vorkriegsstadtparlament und der bürgerlichen Presse behauptet wurde, dann hätten sie eben diese Wagen auf der Straße stehenlassen. Sie hätten dann auch die Stromlieferung des Nord-Süd-Bahnbaues eingestellt und der Stadt dadurch weiteren verheerenden Schaden zugefügt. Aber gerade dieser Streik hat gezeigt, daß die Angestelltenchaft durchdrungen ist von einem sehr hohen Verantwortungsgesühl. Man muß es mitleidig haben, wie diese Leute in später Nachtstunde, als die Meldung von der Einigung kam, sofort in Autos losfahren, ihre Kollegen aus den Betten holen, sie zur Arbeit bringen und so ermöglichen, daß schon um 1/2 Uhr nachts ganz Berlin wieder mit elektrischem Licht versorgt war.

Diese Handlungsweise der Angestellten ist hoch anzuschlagen und ein glänzender Beweis dafür, daß sie nicht aus reiner Freude am Streik in diesen eintreten. Wären die leitenden Stellen in der Stadtverwaltung ebenso friedliebend gewesen wie die Angestellten, dann wäre der Streik vermieden worden, und der Magistrat hätte eine Niederlage weniger erlebt.

Der Schiedsspruch für die Arbeiter angenommen.

Das Lohnkartell für die Gemeindebetriebe hatte die Funktionäre zu gestern Abend nach Allems Lokal in der Halenbeide zusammenberufen, um zu dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Stellung zu nehmen. Polenske berichtete und gab den bereits mitgeteilten Schiedsspruch bekannt, nach dem sich folgende Zulagen ergeben würden:

Für jugendliche Arbeiter von 14 Jahren 1,26, von 15 Jahren 1,49, von 16 Jahren 1,79, von 17 Jahren 1,90 und für Mindererwerbsfähige 1,64 M.; für ungelernete Arbeiterinnen 1,98, angelernte 2,05 und qualifizierte 2,14. Arbeiterinnen von 14 Jahren 1,12, von 15 Jahren 1,26, von 16 Jahren 1,47 und von 17 Jahren 1,63, Mindererwerbsfähige 1,55 M. pro Stunde.

Der Magistrat hat diesen Schiedsspruch angenommen.

Außer den genannten Zulagen auf die Stundenlöhne wird der Magistrat als Nachzahlung auf die Wirtschaftsbeihilfe 300 M. gewähren. Am Schluß seiner Ausführungen teilte der Redner mit, daß Lohnkartell und Tarifkommission einstimmig zu dem Beschluß gelangt sind, den Funktionären die Annahme des Schiedsspruches zu empfehlen. (Zustimmung und lebhafter Widerspruch.)

Bei der folgenden Aussprache verlangte Rahtuhl Urabstimmung in den Betrieben. Krüger vom JbM. brachte die irreführenden Berichte der bürgerlichen Presse zur Sprache und bedauert anschließend, daß diese immer noch von vielen Gemeindefunktionären bezogen wird. Auf einen Antrag, den Magistrat zu veranlassen, die 300 M. Wirtschaftsbeihilfe sofort auszuzahlen, antwortete Hochschild, daß die Lohnkommission das unverzüglich beantragen werde. Nachdem Kammermeister den Ansichten Rahtuhls entgegengetreten war und Schaumburg erklärt hatte, daß es nutzlos sei, sich mit revolutionären Phrasen den Kopf heizumachen, wurde der folgende Antrag gegen eine starke Minderheit angenommen:

Die Funktionärsversammlung beschließt, den Schiedsspruch anzunehmen, sie verzichtet auf eine Urabstimmung.

Ferner wurde einem Antrage zugestimmt, daß die Kinderbeihilfe bis zu einem Verdienst von 4000 M. gewährt werden soll.

Der Schiedsspruch für die Metallindustrie.

Die Berliner Metallarbeiter beschlossen in ihrer Funktionärskonferenz am 20. November, für ungelernete Arbeiter eine Wirtschaftsbeihilfe von 1500 M. und für gelernete von 1000 M. zu fordern. Außerdem sollten die Stundenlöhne um 5 M. erhöht werden. In den Verhandlungen erklärten die Unternehmer, daß sie eine Wirtschaftsbeihilfe ablehnen müssen und die Forderung bezüglich der Erhöhung der Stundenlöhne für sie undistutabel sei. Sie erklärten sich zu einer außer-

tariflichen Zulage bereit, konnten aber in den gestellten Forderungen keine Verhandlungsmöglichkeit erblicken. Mit diesem Verhandlungsergebnis beschäftigte sich eine neue Funktionärskonferenz der Metallarbeiter am 24. November und ließ die Annahme des Schlichtungsausschusses durch ihre Verhandlungskommission gut. Ein Sonder-Schlichtungsausschuss tagte am Mittwoch unter Vorsitz des Regierungsrats Dr. Caesar und fällte einstimmig folgenden Schiedsspruch:

1. Die bisher pauschal gewährte Familienzulage wird in eine Zulage auf den Stundenlohn umgewandelt, auf 1 M. die Stunde für die Ehefrau und je Kind festgesetzt und unter den bisher geltenden Voraussetzungen gezahlt.

2. Die tarifmäßigen Stundenlöhne erfahren gegenüber denen für November folgende Erhöhungen:

a) für sämtliche Arbeiter über 21 Jahre in der Klasse 1-5 um 1,90 M.; b) für männliche Arbeiter von 18 bis 21 Jahren in der Klasse 1-5 um 1,70 M.; c) für männliche Arbeiter unter 18 Jahren um 1,20 M. Der Lohn bei den weiblichen Arbeitern erhöht sich sinngemäß den Bestimmungen unter d) Seite 14 des geltenden Tarifvertrages vom 4. Mai 1921 mit Ausnahme der Arbeiterinnen an Maschinen und Handarbeiterinnen, deren Leistungen nicht mit den Leistungen männlicher Arbeiter verglichen werden können und der in der Glühlampenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen, für welche die Erhöhung von 1,35 M. die Stunde festgesetzt wird. Jugendlöhne Arbeiterinnen von 14 bis 18 Jahren erhalten 1 M. die Stunde mehr.

3. Die neuen Löhne gelten ab 28. November.

4. Die Akkorde werden für Dezember laut Abmachung vom 29. Oktober erhöht. Da hierin für Dezember nur 0,40 M. eingerechnet sind, wird die Differenz gegen die jetzt bewilligteohnerhöhung im Dezember als Stundenlohnzuschlag gezahlt. Der bisherige Akkordbonuszuschlag von 1 M. bis 1,20 M. die Stunde fällt dagegen fort.

Heute Abend 7 Uhr wird sich eine Funktionärskonferenz des Metallkartells in der Bodbrauerei, Fildinstraße, mit diesem Schiedsspruch beschäftigen.

Die Buchdrucker zum Lohnabkommen.

In der Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, die Mittwoch in der Neuen Welt tagte, berichtete Rassin über Verhandlungen und Ergebnis der Tarifausforschung. Wie bereits mitgeteilt, wurden für Berlin folgende Zuschläge auf die bestehenden Löhne ab 1. Dezember vereinbart: Für Ausgelernte 70 M., für Gehilfen bis zu 21 Jahren 80 M., von 21 bis 24 Jahren 90 M., über 24 Jahre 100 M. Dazu kommt für die Zeit ab 19. Dezember ein nach den Lohnklassen abgestufter Zuschlag, der in der höchsten Klasse — in Klasse C — 35 M. wöchentlich beträgt. Es wurde für das Lohnabkommen eine vierzehntägige Kündigungsfrist vereinbart. Es kann am 15. Dezember oder am 1. Januar gekündigt werden. In Klasse C, zu der die meisten Kollegen gehören, beträgt für Berlin ab 1. Dezember der Wochenlohn 506 M., wozu dann am 19. Dezember der Zuschlag von 35 M. kommt. Für die Verhandlungen selbst hatte die Gehilfenvertretung den Standpunkt eingenommen, daß von einer Wirtschaftsbeihilfe abzusehen und aller Nachdruck darauf zu legen sei, in der Lohnfrage vorwärts zu kommen. Die Gehilfenvertretung in ihrer Gesamtheit sprach sich dahin aus, daß eine Urabstimmung über den Vertrag nicht stattfinden soll.

In der Diskussion sprach Reich für die Annahme der Vereinbarung mit der Mahnung, daß sie am 15. Dezember zu kündigen sei. — Rapp rügte, daß die Zulagen gestaffelt sind, und verlangte Urabstimmung durch die gesamte Kollegenschaft und die Ablehnung des Abkommens. — Schreier schloß sich Rapp an und meinte, daß die Möglichkeit bestände, wenigstens in Berlin eine Urabstimmung vorzunehmen. — Braun führte aus: Stolz sind wir nicht auf die erzielte Summe. Aber um sie zu erreichen, haben wir uns wieder herumschlagen müssen. Auf den Vorwurf wegen der Staffelung der Zulage ist zu bemerken, daß die Vertretung der Gehilfenchaft die gleiche Zulage für alle verlangt hat. Wenn wir auch nicht befriedigt sind, so liegt immerhin ein Augenblickserfolg vor, der über einige Wochen hinweghilft. — Barbrecht vermißt die Schaffung eines Ausgleichs für den November. Mit dem Wegfall einer Wirtschaftsbeihilfe würden sich die Kollegen in den Betrieben nicht ohne weiteres zufrieden geben.

Nach weiterer Diskussion und dem Schlusswort Rassin wurde ein Antrag Rapp auf Ablehnung der Vereinbarung und auf Urabstimmung mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Auf Protestrufe der Linken, die Auszahlung verlangt, stellt Rassin fest, daß die Mehrheit gegen den Antrag eine solche von mindestens drei Vierteln gewesen sei.

Vom Streik der Portiers.

Am Dienstag nachmittag fanden vor dem Oberpräsidenten als Demobilisierungskommission Verhandlungen zwischen dem Deutschen Portierverband, dem Heizer- und Maschinenverband und den Verbänden der Hausbesitzer statt. Beide als Vertreter der Arbeitnehmerverbände erklärte kurz, daß sie nicht länger auf eine Erhöhung der Löhne hätte warten können und daß der Zustand in den Geschäft- und Industriehäusern seinen Fortgang nehmen müsse. In den nächsten Stunden werde sogar eine Verschärfung des Kampfes infolgedessen eintreten, als sämtliche Poststationen lahmgelegt werden, ebenfalls würden alle Wohnhäuser mit Zentralheizung in den Kampf gezogen, falls es nicht gelingen sollte, eine Einigung herbeizuführen.

Die Vertreter der Grundbesitzer erklärten ebenfalls die dringende Notlage ihrer Angestellten an, betonten aber die Unmöglichkeit, höhere Löhne zahlen zu können. Nachdem Assessor Wild schriftlich erklärt hatte, dafür einzutreten, daß der Magistrat bis spätestens am 7. Dezember zu dem Antrag des Oberpräsidenten Stellung nimmt, und dem Oberpräsidenten dann nichts mehr im Wege stehe, den Forderungen der Portiers Rechnung zu tragen, erklärten die Vertreter der Arbeitnehmer bis dahin von einer Verschärfung des Kampfes Abstand zu nehmen.

Zulagen in der chemischen Industrie.

Die unerhörten Preissteigerungen für alle notwendigen Lebensbedürfnisse veranlaßten den Aio-Bund, mit dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie über einen Feuerungsausgleich zu verhandeln. In einer Besprechung am 29. November wurden schließlich vom Arbeitgeberverband folgende außer tariflichen Zulagen bewilligt:

Die Verbrauchs- und Kinderzulage wird von 100 M. auf 200 M. erhöht. Für November wird das Gesamt-

gehalt mit den Alterszulagen um 25 Proz. für Dezember um 85 Proz. erhöht.

Ueber Annahme oder Ablehnung dieses Verhandlungsergebnisses soll umgehend in den Betrieben der chemischen Industrie eine Urabstimmung stattfinden. Alle Angestellten- und Betriebsräte müssen sofort eine geheime Abstimmung im Betriebe vornehmen. Das genaue Abstimmungsergebnis ist umgehend dem Ortskartell Groß-Berlin des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Berlin N 99, Reinsendorter Str. 118, 2. Hof II, zuzuleiten. Erwünscht ist, daß jede Berufsgruppe (kaufmännische Angestellte, Techniker und Werkmeister) getrennt abstimmt. Zu der Abstimmungsmittelung an das Ortskartell ist das Ergebnis der einzelnen Berufsgruppen besonders zu kennzeichnen.

Aia-Ortskartell Groß-Berlin.

Reichskonferenz für den Bergbau.

Die hannoversche Bergarbeiter-Reichskonferenz sollte bekanntlich eine Lohnkommission der am Bergbau interessierten freien Gewerkschaften für ganz Deutschland ein, welche in gegebenen Momenten zusammen mit den Organisationsverbänden die Lohnlage zu überprüfen hat. Schon in Hannover wurde der Vorstand des Bergarbeiterverbandes beauftragt, die Preise und Marktwerthältnisse im Auge zu behalten und nötigenfalls Lohnforderungen zu stellen. Anfang November wurden von den Bergarbeiterorganisations-Lohnforderungen gestellt, welche zu den bekannten Ergebnissen führten. Die veränderte Lohnlage machte nun auch eine Aussprache mit der Lohnkommission notwendig. Am Sonnabend, den 26. November, trat diese in Bochum zusammen. Erschienen waren 71 Vertreter aus den verschiedensten Berufsgruppen und allen Revieren Deutschlands. Vorstandsmitglied Schmidt vom Bergarbeiterverband gab einen kurzen Bericht über Einleitung, Gang und Verlauf der Lohnbewegung, worauf eine anregende Diskussion einsetzte, die in folgender Entscheidung ihren Niederschlag fand:

Die am 26. November in Bochum tagende Reichskonferenz der am Bergbau interessierten freien Gewerkschaften stimmt den vorliegenden Lohnverhandlungsergebnissen zu. Um aber künftighin die wirtschaftlich schwächeren Reviere besser unterstützen zu können, müssen alle Bergbaureviere und Bergbauarten in den Rahmen der zentralen Lohnverhandlungen strenger eingegliedert werden. Die fortwährend steigenden Preise der in- und ausländischen Waren werden die erfolgte Lohnerhöhung bald wieder überflügeln. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes gab einen kurzen Bericht über Einleitung, Gang und die Marktlage zu beobachten und nötigenfalls mit neuen Lohnforderungen an die Unternehmerverbände heranzutreten.

Die Karosserie- und Wagenbauer nahmen am Montag den Verhandlungsbericht betr. den Antrag auf Gewährung einer Feuerungszulage entgegen. Henschel vom DVB. referierte über die wirtschaftliche Lage und die verteuerten Lebensverhältnisse der Arbeiter. Die Arbeitgeber bewilligten für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 17 Jahre eine Zulage von 2,50 M., für alle Jugendlichen von 14-17 Jahren eine Zulage von 2,50 M., für alle bestehenden Stundenlöhne. Der abgeschlossene Tarif läuft weiter bis zum 15. Januar 1922. Die Versammlung beschloß gegen etwa 30 Stimmen, das Angebot der Arbeitgeber anzunehmen, mit der Begründung: daß, wenn vor Ablauf des Tarifes weitere Steigerungen der Preise für Lebensmittel oder Bedarfsartikel eintrügen, das Kartell sofort in erneute Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzutreten hat.

Stud- und Gipsbaubranche! Wir weisen darauf hin, daß laut Tarifvertrag mit dem 1. Dezember die verkürzte Arbeitszeit beginnt. Eine Abänderung der Arbeitszeit ist nur zu dem auf das betreffende Datum folgenden Wochenschluß zulässig, so daß innerhalb einer Arbeitswoche ein Wechsel der Arbeitszeit nicht eintreten darf. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 41 1/2 Stunden. Bezugszahl 42 Stunden. Die Sektionsleitung.

Tarif im Einzelhandel. Das neue Lohnabkommen, rückwirkend ab 1. November d. J., geltend für die Monate November und Dezember, ist nunmehr gedruckt erschienen. Es enthält die ausgerechneten Sätze für männliche und weibliche Angestellte und ermöglicht eine leichte Uebersicht über die Anrechnung der Berufsjahre. Der Text ist im Verbandsbureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10, erhältlich.

Maler! Durch Entscheidung des Haupttarifamtes im deutschen Malerergewerbe vom 24. November 1921 erhöht sich der Stundenlohn für Maler ab 1. Dezember 1921 um 2,50 M. und ab 1. Januar 1922 um weitere 75 Pf., so daß der Minimalstundenlohn ab 1. Dezember 1921 10,75 M., ab 1. Januar 1922 11,50 M. beträgt. Bei wesentlicher Verteuerung der Lebenshaltung hat sich das Haupttarifamt vorbehalten, in den letzten Dezembertagen die Lohnerhöhung ab 1. Januar 1922 zu revidieren.

Verband der Maler, Filiale Berlin.

Die Arbeitslosenkommission des Metallarbeiterverbandes fordert unter Hinweis auf ihren letzten Aufruf alle in Arbeit stehenden Kollegen auf, die Weihnachtssammellisten nicht zu vergessen. Die bereits eingegangenen Beträge sollen sofort überwiesen werden, damit den arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen und ihren Familien zu Weihnachten eine Freude in Form einer möglichst hohen Unterstützung bereitet werden kann.

Der Buchdruckerstreik in Italien ist beendet. In ganz Italien werden die Buchdrucker heute mittag die Arbeit wieder aufnehmen. Die Zeitungen werden am Nachmittag wieder erscheinen.

Der Brüsseler Straßenbahnstreik. Die Straßenbahngesellschaften haben den Streikenden eine Frist von 48 Stunden gestellt, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Dieses Ultimatum hat in Arbeiterkreisen große Erregung hervorgerufen und man sieht erneut einem Generalstreik entgegen. Die Lage ist sehr ernst.

UCC. „Kabelwerk“. Heute 1/4 Uhr bei Schöps, Niederschöneweide, Grünauer Str. 8, Sitzung aller Funktionäre der SPD. Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Zentralverband der Hausangestellten. Heute 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Winterfeldstr. 16. Stellungnahme zur Beitrags-erhöhung.

Deutscher Meisterverband. Berlin XI, Freitag 7 Uhr im Vereinslokal, Frankfurter Allee 118, Generalversammlung. Vortrag des Kollegen Petersdorf. Kernwahl des Vorstandes. — Nachgruppenversammlung der Bau- und Möbelschneiderei Freitag 7 Uhr im Spandauer, Fildinstraße 16. Tarifvertrag. — Bezirksverein Oberlichtenburg I. Die Verhandlungen mit dem Deutscher Arbeitervereinsrats Schenkens-Sche, Berliner Straße, haben zu einer Einigung geführt und findet die nächste Generalversammlung am Freitag 8 Uhr daselbst statt. Tagesordnung: Unser Verhandlungen und die Feuerung.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Lindenstr. 3. Hierin 1 Beilage.



Jeden Morgen

raucht des Hauses Tochter wie Figura zeigt: mit sichtlichem Wohlbehagen eine gute Massaly-Roal. Sie ist dann den ganzen Tag in vorzüglicher Stimmung.

Roal mit Gold 70.8

KON LINON

Groß-Berlin

Gegen das Hamsterunwesen.

Die Leute, die es sich leisten können, sind in dieser Zeit der überhandnehmenden Teuerung, um dem eigenen Bauch ja nichts entgehen zu lassen, wieder tüchtig damit beschäftigt, sich ganze Hamsterlager aller möglichen Gebrauchsgegenstände und auch Lebensmittel aufzustapeln. Gegen dieses Gebaren, das für die große Masse der schaffenden Bevölkerung große Gefahren im Gefolge hat, wendet sich jetzt die Preisprüfungsstelle Berlin: Seit einiger Zeit macht sich in der Bevölkerung deutlich das Bestreben bemerkbar, um jeden Preis und weit über den erforderlichen Bedarf hinaus Gegenstände jeder Art einzukaufen und zu hamstern. Es werden etwa Streichhölzer listenweise aufgekauft und in feuchten Räumen aufbewahrt, wodurch sie bald vollständig unbrauchbar werden. Ebenso werden auch andere unnötigerweise gehamsterte Gegenstände eingekauft und unbrauchbar, so daß sie nicht nur dem einzelnen feinen Nutzen gebracht, sondern der übrigen Bevölkerung entzogen worden sind. Die übermäßige Beanspruchung des Marktes führt ohne weiteres zu einer Steigerung der Preise und schädigt die Teile der Bevölkerung, die aus volkswirtschaftlich begründeten Erwägungen oder aus Mangel an Mitteln sich in ihren Anschaffungen auf das notwendigste beschränken müssen. Lähmung des heimischen Arbeitsmarktes muß eine Folge der weiteren Teuerung aller Gegenstände des täglichen Bedarfs sein, insbesondere auch der Lebensmittel; dazu sind aber auch schwere Beunruhigungen der erwerbstätigen Bevölkerung zu erwarten wie diese ja auch in der letzten Zeit bereits wiederholt zu bemerken gewesen sind. Die Preisprüfungsstelle hält es daher für ihre Pflicht, die Bevölkerung zur Abwendung aller dieser schädigenden Wirkungen dringend zu warnen und zu ermahnen, sich bei Einkäufen nur auf das wirklich erforderliche Maß zu beschränken und alle Angst- und Hamsterkäufe zu unterlassen.

Der Mord in der Meher Straße.

Belastendes Material gegen die Frau des Ermordeten.

Die Kriminalpolizei nahm gestern nachmittags nach Abschluß des Verhörs mit dem unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft verhafteten Kaufmann Albert Tiele eine Besichtigung der hafenartigen Wohnung vor, in der das Verbrechen verübt worden ist.

Das Ehepaar Hafenzahl war aus Bettland zunächst nach New-Falls gezogen und von dort nach der Meher Str. 14, wo sie ein Lebensmittelgeschäft und einen Privatmittagsstisch betrieben. Trotz Einwendungen des Hauswirts wurde ihnen die Wohnung und der Laden als Flüchtlings überlassen. Das Geschäft ging ziemlich gut, der Ehemann war außerdem noch als Reisender tätig. Tiele, der bei ihnen wohnte, besorgte die Einkäufe. Schon seit längerer Zeit war den Leuten im Hause und in der Nachbarschaft bekannt, daß das Verhältnis zwischen den Eheleuten ein sehr gespanntes war. Wie ermittelt wurde, war eine gütliche Trennung beabsichtigt. Tiele hatte im Einvernehmen mit der Frau auch schon viele Ware fortgeschickt. Dazu hatte er einen Handwagen benutzt, den er sich bei einem Kohlenhändler in der Nähe geborgt hatte. Von diesem entlieh er sich auch am Montagsabend den Wagen und benutzte ihn zum Transport der Waare. Sehr wichtige Verbindungen machten mehrere an Tator ermittelt. So erkundete ein 10jähriger Knabe, daß er in der sechsten Abendstunde beobachtet habe, wie Hafenzahl auf den Hausflur gelaufen kam und sich ein Tuch vor den Kopf hielt. Hafenzahl habe ihn gebeten, die Polizei zu holen, da Tiele auf ihn geschossen habe. Dieser Aufforderung sei er aber nicht nachgekommen, weil er gesehen habe, daß Frau Hafenzahl in der Tür stand. Aufgefundenen Briefe, die an die Mutter und an Bekannte der Frau Hafenzahls gerichtet sind, belasten Frau Hafenzahl und deren Untermieter Tiele. Einer enthält eine Darlegung der Vorgänge, die von der Schilderung des Tiele ganz wesentlich abweicht. Alle Schreiben wurden beschlagnahmt und die Untersuchung gegen die Verhafteten fortgesetzt.

Neue Erhöhung des Milchpreises.

Das Milchamt meldet eine neue Erhöhung des Milchpreises und äußert sich über die Gründe in der folgenden amtlichen Erklärung:

Auf Grund des Abkommens mit den Landwirt-

Großeinfuhr von Gefrierfleisch.

Ein Mittel zur Fleischverbilligung.

Mit der zunehmenden Teuerung wird der Fleischgenuss mehr und mehr, besonders in den Großstädten, zu einem Luxus für die breite Masse der Bevölkerung. Der Fleischkonsum ist in Deutschland seit der Vorkriegszeit um über die Hälfte gesunken. Die unglückliche wirtschaftliche Lage findet in dieser Tatsache ihren Ausdruck und alles muß, um einer weiteren Enttäufung des Volkes vorzubeugen, daran gesetzt werden, hier wieder normale Verhältnisse eintreten zu lassen. Die halbe Fleischration muß und darf nur eine vorübergehende Erscheinung sein, denn in ihr kommt am allerhöchsten zum Ausdruck, daß die Lebenshaltung der arbeitenden Massen schmerzhaft tief gedrückt ist. Die Vieh- und Fleischpreise war vor dem Kriege durch gesetzliche und gesundheitspolizeiliche Vorschriften stark unterbunden. Die Bestimmungen waren getroffen durch den überstarren Einfluß agrarischer Produzenten, die jede Konkurrenz von Deutschland fern- und die Viehpreise möglichst hochhalten wollten, und sie wurden begründet mit der bekannten Seuchengefahr. In Rücksicht auf das ausgehungerte deutsche Volk wurden die Bestimmungen nach Beendigung des Krieges vom Reichsrat abgemildert. Nunmehr aber waren Bestrebungen im Gange, die gewährten Milderungen wieder aufzuheben, ein Beginnen, das allerdings zunächst eingestellt worden ist.

Da der Einfuhr von Vieh große Hindernisse im Wege stehen, hat sich ein „Fachausschuß für Fleischversorgung“ die Masseneinfuhr von Gefrierfleisch aus Nord- und Südamerika und Australien zur Aufgabe gestellt. Die getroffenen technischen Einrichtungen beziehen sich in der Hauptsache auf Kühl- und Gefrierhäuser, die in Hamburg, dem deutschen Tiefhafen der großen Amerika- und Australiendampfer, angelegt sind. Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft war kürzlich geladen, diese Einrichtungen zu besichtigen:

Bei den gefrorenen Schweinen.

In einem riesigen Lagerschuppen der Hamburg-Amerika-Linie ist ein neuer Typ von Kühlanlage nach der Erfindung eines Hamburger Ingenieurs erbaut. Der Bau erfolgte nach dem Grundsatze: Höchste Wirtschaftlichkeit. Die üblichen Holzwände und die Kälteisolationen sind weggelassen in den Kühlläusen zu Lande, wie auch in denen zu Schiffe. Holzbohlen, Bretter und Stahlplatten sind sauber in Beton eingekleidet und dort, wo früher Feder Asche die Wärmeisolation abgibt, sind jetzt Tausende Luftkissen, in denen die kalte Luft ihren Kreislauf vollführt.

Wir öffnen den Vorhang und treten ein in die kühle Halle. Da liegen die Schweine zu vielen Tausenden sorgfältig aufgeschichtet und sorgfältig mit Bienummern versehen. Sie sind sauber ausgeschlachtet und alle tragen sie ein schönes weißes Hemd.

Von einer Abteilung geht es in die andere. Hier mittlere Schweine, dort solche schweren Gewichts, dann wieder sorgfältig

schaftlichen Verbänden ist der Milchpreis für den Monat Dezember 1921 auf 4 M. frei Berlin festgesetzt worden. Wühin ergibt sich eine Erhöhung des Einfuhrpreises gegenüber dem bisherigen von rund 82 Pf. je Liter, während die Spannen für Verwaltungskosten und Unkosten der hiesigen Kontrolle dieselben, 8 Pf. je Liter, bleiben, mußten die Spannen für die molkeremäßige Behandlung um ein Geringes, die Verdienstspannen für den Milchhandel um ein Beträchtliches erhöht werden. Sie erfordern zusammen 1,33 M., so daß sich ein Verkaufspreis der Milch von 5,41 M. ergeben würde. Es wird im Monat Dezember mit 240 000 Liter ausgabefähiger Milch gerechnet. Die für die Kinder und schwangeren Frauen benötigte Milch wird im Monat Dezember zum Preise von 4 M. je Liter an die Bezugsberechtigten abgegeben werden. Die Verbilligung erfordert täglich rund 100 000 M. und nötigt zu einer Erhöhung des Preises für die übrige, zum freien Verkauf gelangende Vollmilch. Die Emulsionsmilch wird wiederum in Höhe von circa 70 000 Liter täglich im Dezember hergestellt werden. Ihre Herstellung kostet 6,61 M. Da die wichtigen Gründe, die bisher für die Bildung eines einheitlichen Abgabepreises ausschlaggebend waren, sich nicht geändert haben, so muß dieser Milchpreis für die zum freien Verkauf gelangende Vollmilch und für die Emulsionsmilch auf 6,20 M. je Liter festgesetzt werden.

eingemähte gefrorene Hammel, dann Rinderviertel und schließlich die Innereien, die wie Kostbarkeiten verpackt und in Kisten verpackt sind. Ueberall peinliche Ordnung und mustermäßige Sauberkeit. In der Speisekammer der besten Hausfrau kann es nicht ordentlicher zugehen. Ein Schwein wird an den ausgestreckten und horzgefrorenen Hinterbeinen hochgehoben und fallen gelassen. Es poltert, als wenn es aus Gips gegossen wäre. Dann geht es

an Bord des Gefrierdampfers

„Steigerwald“. Er gehört der Hamburg-Amerika-Linie, hat neben anderem Laderaum fünfzehnhundert Kubikmeter Gefrierraum. In dem rund 550 Tonnen Gefrierfleisch verpackt werden können. Unten im Schiff steht ein Dutzend kräftiger Männer. Sie werfen die Brocken in die Zugnetze und ab und zu auch „einen“ zu uns raus. Immer zwanzig von den Bordkientieren treten die Reife ins Kühllhaus gemeinsam an. Auf einem zweiten Schiff — einem modernen Norweger — werden ebenfalls gefrorene Bordkientiere ausgeladen.

Die Studientreise fand ihren offiziellen Abschluß in einem Probeessen, an dem auch eine ganze Anzahl Passagiere teilnahmen und bei dem die verschiedensten Fleischarten im rohen und gebratenen Zustand aufgetragen wurden, und zwar je eine Sorte Frisch- und Gefrierfleisch. Ueber jedes Gericht wurde abgestimmt, das heißt geraten, welches von beiden nun eigentlich Frischfleisch sei. Die Meistzahl war, daß die meisten Abstimmdenden das Gefrierfleisch als Frischfleisch bezeichneten und daß vornehmlich die Sachverständigen einen überaus unzuverlässigen Geschmack haben, denn im Aussehen des gekochten Fleisches war (was auch den Berliner Hausfrauen nicht unbekannt ist) kein Unterschied, wie er im Geschmack ja auch nur eingebildet ist.

Vorbedingungen für die Einfuhr.

Der Konsum von Gefrierfleisch hängt in erster Linie von der Größe der technischen Einrichtungen ab. Neben den Einrichtungen auf den Transportschiffen und den Kühlanlagen im Hafen werden Züge mit eigener Kühleinrichtung und Einzelkühlwagen benötigt. In den Zentren der dichtbevölkerten Städte, wie Berlin z. B., werden Kühlläusen benötigt und schließlich muß die sachgemäße Kühlbehandlung bis zum Verkäufer erfolgen.

Daß dazu große Geldmittel erforderlich sind, liegt auf der Hand. Schließlich aber müssen auch feste Vereinbarungen getroffen werden mit den liefernden Firmen im Ausland, damit ein günstiger Preisstand erreicht wird. Denn der Absatz an Gefrierfleisch wird nur dann zu verzeichnen sein, wenn der Preis dafür um ein Bietet niedriger steht als der für frisches Fleisch.

Die Landwirtschaft kann den heimischen Bedarf nicht decken; sie soll und kann ihre Produktion steigern und trotzdem erscheint es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus dringend abzuweisen, lieber komprimiertes Getreide, in Form von Fleisch, als Unmengen von Getreide einzuführen. Den breiten Massen muß die Möglichkeit geschaffen werden, mehr Fleisch zu konsumieren, was heute nur durch die Einfuhr aus den Ländern möglich ist, die eine Ueberproduktion an Fleisch aufzuweisen vermögen.

Der Waffenfund in Moabit.

Studenten werden freigesprochen, Arbeiter verurteilt.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I wurde gegen den Lagerhalter Karl Großmann, den Schlosser Bruno Stein, dessen Baier, den Klempnermeister und Hausverwalter August Stein, und den Arbeiter Wilhelm Hauffe verhandelt, die beschuldigt waren, im März und April 1921 nach Ablauf der im § 1 des Entwaffnungsgesetzes vom 7. August 1920 gefestigten Frist zur Ablieferung Militärwaffen unbefugt in Gewahrsam gehabt zu haben. Es wurden nämlich in den Kellerräumen der von Großmann verwalteten Filiale der Berliner Konsumgenossenschaft in der Beusselstraße bei einer polizeilichen Durchsuchung nicht unerhebliche Mengen von Waffen aller Art vorgefunden.

In der Verhandlung gab Großmann zu, diese Waffen auf Erlauchen von Mitgliedern der Konsumgenossenschaft vorübergehend untergeheftet zu haben, ohne daß er sich dabei etwas Böses dabei gedacht habe. — Es wurde dann auf Grund von Mitteilungen, die der Polizei zugegangen waren, die ganze Kollender Straße nach Waffen durchsucht. In dem von Stein sen. verwalteten Hause Rostoder Str. 2 fand man in einem Keller, zu dem Stein sen. den

Fräulein.

Von Paul Enderling.

(Schluß.)

Und als die Uhr vom Rathaus schlug, nüchtern, klar, sachlich, ohne musikalischen Rankenwerk und ohne den Patinaglanz alter, ehrwürdiger Choräle, war es für Annemarie dennoch ein Klang, der das Herz schneller schlagen ließ, daß ihr die Arbeit aus den Händen glitt: Jetzt kam Lothar heim!

Sie öffnete das Fenster und sah hinaus. Die Kinder verließen sich nach Hause. Die Elektrischen kamen volgestopft und verschwanden. Wenige Minuten lang war die Straße von Menschen überschwemmt; dann verlief die Flut in die vielen Kanäle der inneren Stadt. Die Straße war wieder leer, nüchtern, wie der Strand bei Ebbe.

Annemarie zog ein Taschentuch und winkte hinaus. Da um die Ecke bog ihr Mann. Sie sah, daß er dem Briefträger begegnete und etwas abnahm. Und nun klingelte es, und er kam.

„Ich bringe was mit. Kate.“

Aber Annemarie ließ sich nicht darauf ein: Sie untersuchte seine Tasche. Es war ein Brief mit dem Poststempel Danzig. „Thea schreibt!“

Und noch im Stehen las Annemarie Theas Brief, der in dem krausen Durcheinander der Buchstaben so gut Theas Seele widerpflegelte:

„Liebe Annemarie!

Jetzt ist unser Umzug beendet, und ich kann wieder schreiben. Wir wohnen in dem kleinen Haus an der Promenade, nicht weit vom Hauptbahnhof. Wir hörten, wenigstens zu Anfang, alle Rüge antommen und abfahren und trugen oft eine Portion Rauch ins Zimmer. Aber es ist ein kleiner Garten dabei, und Vater mußte ja eine andere Umgebung haben, jetzt, wo er das Geschäft abgegeben hat und nicht an die Vergangenheit erinnert werden darf.

Seit seinem Schlaganfall bei Hermanns Tod hat sich Vater nicht wieder erholt. Er geht nur an Krücken und läßt mehr, als er spricht. Gott sei Dank hat ihn das Gedächtnis für vieles verlassen. Er glaubt Hermann noch immer lebend und sieht ihn nur als kleinen Jungen vor sich. „Kuf mir doch Hermannchen“, bittet er dann. „Ich will ihm doch was

schenken“, und er sucht in allen Taschen herum. Ach, Annemarie, wie schlimm ist es doch, schenken wollen und nicht können.

Neulich abends, als er die Rosen im Garten beschneit, die kümmerlichen drei Rosenstöcke, die jetzt sein ganzer Stolz sind, scheint ihm plötzlich sein Gedächtnis für einen Augenblick wiedergekehrt zu sein. Er ließ die Schere fallen und sagte zu Mutter, die neben ihm stand: „Ich weiß jetzt, was sich an uns rächt: Wir haben nicht genug geliebt, Minna. Wir haben unseren Kindern nicht genug Liebe gegeben.“ Mutter ist ganz blaß geworden vor Schreck; denn sie fürchtete einen Ausbruch. Aber er ist gleich wieder in seinen alten Zustand zurückverfallen, hat wieder nach der Schere gegriffen und hat gesagt: „Ich muß mich beeilen. Wenn Hermann kommt, muß ich fertig sein.“

Mutter legt das Wort Vaters von der Liebe durch und durch gefangen. Sie hat mich in die Arme genommen und mir alles Mögliche abgebeten, wie sehr ich mich auch geprübelt habe. Und sie hat zum ersten Male seit langer Zeit wieder geweint. Ich schrieb es Dir ja schon: Mutter hat bis heute keine Träne vergossen. Sie hatte soviel in ihrem Leben über Kleinigkeiten geweint, daß nun, wo es um Großes ging, keine Träne mehr übrig war.

Manchmal gehe ich heimlich zum Fischmarkt vor unser altes Haus. Ein Luchsfriese hat es mit Beschlag belegt und alle Etagen voll Kattuns und Schirting gestopft. Es ist ein gräßlicher Gedanke. Aber es ist wohl gut so. In dem alten Hause weht keine rechte Luft für Menschen: Die Luft war wohl verbraucht in den vielen, vielen Jahren, wo es gestanden hat.

Aber schön ist es immer noch da. Die Dampfer fahren und tuten und heulen, und die Marktweiber sind immer noch so grob, und die Fische immer noch so blank — „silbern“ sagtest Du immer. — Und die Bowles spucken immer noch ins Wasser.

Herman liegt nicht weit von Onkel Otto. Das Grab von Onkel Otto habe ich geschmückt, wie Du es angegeben. Es ist eine kleine Blumeninsel. Ach ja, das muß ich Dir noch erzählen: Lante Finchen schwört darauf, daß Onkel Dich heiraten wollen. Und sie wundert sich mörderlich, daß Du nicht an die schöne Wittwenpension gedacht hast — Im übrigen ist sie sehr traurig. Denn ihr Stettiner Amoroso hat

lesten Weihnachten keinen Kaffee und Zucker geschickt. Sie ist in ihrem Menschheitsglauben ein bißchen erschüttert. Man kriegt bei ihr also nicht mehr den schmeichlichen Kaffee. — Prüi Pudel, mich schüttelt's, wenn ich daran denke.

Nun weiß ich nichts Neues mehr und grüße Dich in alter Liebe und bitte, Deinem Mann einen freundschaftlichen Gruß zu bestellen. Und er soll einmal mit Dir herkommen, dann wollen wir hier gründlich bummeln und fidel sein und lachen. Ach, Annemarie, ich bin schon so lange nicht fidel gewesen.

Ich küsse Dich, Kleines, Deine Thea.

P. S. Henning hat sich nach Thorn verjetzen lassen. An seinem Abfahrtstage bekam ich einen Blumenstrauch ohne Namen. Findest Du das nicht doch eigentlich nett von ihm?

Annemarie ging ins Zimmer und gab Lothar den Brief.

„Darf ich?“

„Ja, Liebster.“

Annemarie stand am offenen Fenster, während er las. Als er fertig war, trat er zu ihr. Sie wandte sich halb um und legte den Finger auf den Mund. „Leise, leise! Hörst du nicht?“

„Was hörst du?“

„Ach höre die Glocken,“ sagte sie leise. „Die Glocken der alten Stadt am Meer. Hörst du sie nicht auch?“

Er nickte lächelnd. „Was läuten sie nur?“

„Ich kann die Melodie nicht verstehen,“ sagte Annemarie und horchte noch immer in die Weite. „Jetzt höre ich dunkle Akkorde wie eine Totentanz — oh, Liebster!“

Beide dachten an das zerbrochene Leben Hermanns, und beide griffen nach ihren Händen. Mitten in ihrem ersten Liebesglück war die dunkle Kunde von seinem Untergang zu ihnen gekommen: zuerst in der grellen Beleuchtung der Sensationsnotiz eines Allertagsblattes, dann in einem verzweifelten Brief Theas.

„Und nun?“ fragte Lothar nach einer Weile. Denn er hatte wohl bemerkt, wie Annemaries Augen ihren trüben Schimmer verloren hatten und wieder hell und froh waren.

„Was hörst du nun?“

„Eine leichte, sonnige Melodie ringt sich los und schwebt sieghaft über all den wirren Klängen. Sie ist so einfach und doch so rührend... Lothar, ich glaube: sie ist wie ein Kinderlied.“

Lothar nahm sie fest in seine Arme und küßte sie.

Der deutschen Hausfrau „Christ-
baum u. ihr Weihnachtsgebäck“
erzählt die Berliner Hausfrauen-Verein und der Haus-
frauen-Verein Nord-Ost vom 29. Nov. bis 4. Dez.
Großhandel v. 10 bis 6 Uhr nur Alexanderplatz

Lebensmittel

Allein-Vorverkauf:
Circus Hagenbeck
Leipziger Strasse,
Alexanderplatz, Frankfurter Allee

- Wurstwaren**
- Fr. Blutwurst... Pfund 12⁵⁰
 - Rotwurst a. Thür. Art. Pfd. 16⁵⁰
 - Leberwurst... Pfund 16⁵⁰
 - Aufschnittsüßze Pfd. 14⁵⁰
- Kolonialwaren**
- Weizenmehl 70% Pfund 6²⁵
 - Auszugmehl... Pfund 7⁰⁰
 - Rang.-Bohnen... Pfund 3⁷⁵
 - Kaff. gemisch. 10% Bohnen Pfd. 10⁰⁰

- Leipziger Strasse **Frisches Fleisch** Alexanderplatz
- | | |
|--|---|
| Kalbskamm Pfund 8 ⁵⁰ | Schmorfleisch m. Knochen, Pfd. 11 ⁰⁰ |
| Kalbsbrust u. -Rücken... Pfund 9 ⁵⁰ | Hammelfleisch jeff... Pfund 12 ⁰⁰ |
| Kalbskeulen Pfund 11 ⁰⁰ | Gehacktes Pfund 9 ⁰⁰ |
| Rinder-Querrippe Pfund 9 ⁰⁰ | Schabefleisch Pfund 11 ⁰⁰ |

- Fische, Räucherw.**
- Fr. Bratflundern Pfd. 1¹⁰
 - Fr. Dorsch Pfund 3²⁰
 - Fr. Goldbars Pfund 4²⁰
 - Ger. Flundern... Pfund 5⁸⁰
- Wild, Geflügel**
- Fettgänse Pfund 22⁰⁰
 - Gänsestückenfleisch P. 13⁵⁰
 - Hirschfleisch Pfd. von 8⁵⁰ an
 - Hasen gestreif. Pfund 11⁰⁰

- Kohlrüben Pfund 35 Pk. Weisskohl Pfund 1¹⁰ Kochbirnen Pfund 2¹⁰
- Mohrrüben ... Pfund 65 Pk. Sellerie Pfund 1³⁰ Essäpfel Pfund 2⁷⁵

Preise einschließlich Fleisch. Auf Waare 20% Steuerzuschlag

Jam.-Rumver. chinit. 1/2 FL. 30 ⁰⁰ 1/4 FL. 58 ⁵⁰	Rackles-Exp.-Apfelw. 1/2 FL. 7 ⁰⁰ 10 FL. 72 ⁵⁰	Freyels. Speierling Apfelw. 1/2 FL. 8 ⁰⁰ 10 FL. 75 ⁰⁰	Jamaica-Rum 40% 1/2 FL. 40 ⁰⁰ 1/4 FL. 75 ⁰⁰
--	--	---	---

Henriot-Weinbrand 1/2 Flasche 30 ⁰⁰ 1/4 Flasche 57 ⁵⁰	HERMANN	Brauns Auslese-Weinbrand 1/2 Flasche 35 ⁰⁰ 1/4 Flasche 67 ⁵⁰
--	----------------	--

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
3 U.: Erwin u. Elmire
7 1/2 U.: Der Troubadour

Schauspielhaus
Peer Gynt
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theat.
7 1/2 U.: Louis Ferdinand
Prinz von Preußen
Fr. 7 1/2 U.: Louis Ferdinand
Prinz von Preußen

Kammerspiele
8 U.: Der Hühnerhof
Fr. 7 1/2 U.: D. Schwierige

Gr. Schauspielh.
11 U.: Götz v. Berlichingen
Fr. 7 Uhr: Götz v. Berlichingen

Theater I. d. Königgrätz. Str.
7 Uhr: Onkel Wanja
Sonntags 10 Uhr: Die
Waise Lescaut
(Orsa v. Janssen, Lidt
Riemann, Picha, Jünger,
v. Twardowski, Rehkopf,
Klupp, Appel)

Komödienhaus
7 30 Die Fahrt
Uhr ins Blaue
(Mikser, Richard, Engl,
Pröckl, Siedel)

Berliner Theat.
Täglich 7 30 Uhr:
Prinzessin
Olala
Fritzi Massary a. G.
Ralph Arthur Roberts,
Pepi Zampa, Hb. Kiper

Central-Theater
7 1/2 U.: Detektivmadel
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Die Bohème
Friedr.-Wilhelms-Th.
8 Uhr: American Girl
Intimes Theater
8 Uhr: Der Herr, der
unverwundbar ist / Die
Spielbank / Lau doch
nicht immer aschi
herum

Klein Schauspielhaus
7 1/2 U.: Kiki (Lustsp.)
Lustspielhaus
8 Uhr: Peter Brauer
Metropol-Theater
7 U.: D. Straßensängerin
Neues Operetten-Th.
8 Uhr: Königin d. Nacht
Neues Theater am Zoo
Zum 1. Male 7 1/2
Raub der Sabinerinnen
m. Hanns Fischer
Neues Volkstheater
7 1/2 U.: Wildente
Schiller-Th. Charlitz.
8 Uhr: Die Schmetter-
lingsgeschichte
Schloßpark-Th. Stiglitz
7 1/2 Uhr: Medea
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Schäm Dich, Lotte
Theat. am Nollendorpl.
8 1/2 U.: Hänsel u. Gretel
8 U.: Die Ehe im Kreise
Theater des Westens
7 1/2 U.: Braut d. Lucullus
8 U.: 4 Hänsel u. Gretel
Th. I. d. Kommandant. Str.
(100 Kl. Str.-Th.)
7 1/2 Uhr: Dybuk
Walther-Theater
7 1/2 Uhr: Die Tanzgräfin
Walhalla-Theater
8 U.: Jung muß man sein

Komische
7 1/2 Oper 7 1/2
Dir. Jam. Klein
Die große
Revue
**Der Herr
der Welt**
Keine Bühne der
Welt bietet sol-
che Prachtaus-
statt. u. Nam. b-
rühmt. Darstell.
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Gura
Wilh. Hartsteln
Franz Groß
P. Westermeyer
L. Werkmeister
Albert Paulig
**75 Damen-
Ballett!**
Vorverkauf
ununterbrochen
Ein. Lichtenage

**CIRCUS
BUSCH**
Tgl. 7 1/2 Uhr
Neue
Dezember-
Sensationen!
Aufschießen: „Die
Schlange d. Durx“
Bot. Wirth. u. Gier. R.

**Apollo-
Theater**
8 Uhr
Die Sensation
Bertina
**Frau
Luna**
Große Ausstattung
Operette von
Paul Lincke
mit dem
**Grigolatis-
Luft-Ballett**
Oskar Sahn a. G.
Else Berna
Martin Kettner
Fritzi Arep
Fritz Steidl
**50 Damen-
Ballett!**
Ein. Lichtenage

**PALAST
AM
ZOO**

Sylvester Schätler
Persönliches Auftreten

Heute
**8
Uhr**

Vorverkauf von 11 bis 2 Uhr

WINTERGARTEN
Der große
Dezbr. - Spielplan

**Nick
Kaufmanns**
Radfahrakt
**Mölkens
Eishären-Gruppe**
6 Hollandweibchen
„Holland
wie es singt u. tanzt“
Gertrude Berliner
In ihren Tanzszenen
„Vom Rocooco
bis zum Jazz“
Müller-Sobadow-Quartett
In der Scene
„Ein Abend a Rhein“
Geschw. Birkeneder
Hochseilkünstler
Zwei Torkinos
Korn. Rollschuhläuf.
Alfred u. Walter Cariton
Akrobat. Neuheit
Zwei Bramsons
Relieukünstler
Zwei Markonts
Gymnast. Akt

Ata
Henkel's
Scheuerpulver

putzt
reingt
Alles!

**Ata eignet sich für alle
Küchengeräte besonders
auch für Öfen, Badewannen,
Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf.**

Preis: das Paket M. 1,50

**Zinn, Blei
Lagermetall**
und sämtliche Altmetalle
kauf!
Metallschmelzwerk
Waldemarstraße 74.
Telephon Moritzpl. 9055

Musik-Instrumente
für Orchester und
Haus, nur eigene
Fabrikate, konkurrenz-
los, liefert zu
Pestgeschenken die
größte Instrument-
Fabrik Deutschlands
von
J. Altrichter
Frankfurt a. Od.
Filiale Berlin C
Königsstraße 1-6
Kataloge gratis!

Spezial-Angebot!
Silberne
Service u. Bestecke
Margraf & Co.
Kanonierstrasse 9

Pickel, Sommersprossen, Hautentfärbung usw. werden
schmerzlos, unmerkbar, für
die Umgebung abgeblättet
durch echte Vater-Philipp-
Schäker, danach kommt a mutige junge zarte Haut zum Vorschein;
a 12 M. v. Laboratorium, Dresden-Zschachwitz 146. Erhältlich bei der
Bielefeld-Apotheke, Leipziger Str. u. Drogerien Bastianstr. 2, Fehmann-
straße 3, Reinickendorfer Str. 119, Charlottenstr. 76, Pankow, Pr. n. str. 6.

**Café
ORIENT**
Variété
Strausberger Platz, 5 Min. v. Alexanderpl.
Hervorragendes DEZEMBER-Programm
Elsa Kronen
Marysrete Wedge
Ada Rivas
und Dixas
Wilh. Ostomar
Lotte Schickner
Ostomar-Duett
Walter Konrad
Beliebte Hauskapelle Hanel.

SCALA
Tgl. 8 Uhr
Dezember:
Große
Klasse

Theat. a. Kottb. Tor
8 U. 30 Min. 19077
Sonntags 7 1/2 U.
Götze, Kullien-
Theater
Kinder-Wär-
derli King
Der verwun-
dene Prinz
Riene Verdi

Reichshausen-
Theater
Stettiner
Sänger
Ab. 7 1/2 u.
St. schm.
Um 7 1/2 Pr
Variété
Domb.-Br.

Garderoben
für Herren und
Damen vom ein-
fachen bis zum
teuersten Genre auf
Teilzahlung
Wein-
bergs-
weg 4

Service u. Bestecke
Margraf & Co.
Kanonierstrasse 9

Noch bin ich in der Lage,
bessere Herrngarderobe in

**Schlüpfern, Ulstern
Paletots
Jacketanzügen
Gummimänteln**

In grosser Auswahl sehr
preiswert anzubieten.

KARL BURGER
Reichenberger Strasse 159, vorn II Tr.
Fahrverbindung Kottbusser Tor.

Garderobe
auf bequemste
Teilzahlung
bei billigerster Preisberechnung

HERREN-DAMEN-
Anzüge Outwavs | Paletots, Kostüme
Paletots, Ulster | Röcke, Kleider
Regenmäntel

BURSCHEN-ANZUG
Gute Ware! Große Auswahl!
M. Beiser, Lothringstr. 67.



FOLIES CAPRICE
Lindenstr. 132,
am Oranienburger Tor
Täglich 8 Uhr:
Die Dame im Bett
mit Ferd. Gröneckner
Tel. Norden 1650

**Bandwurm
mit Kopf verlor**
nach 1 1/2 Stunden durch
Fridel's Bandwurms-
mittel „Dit“ lebt 7 Jahr.
an Bandwurm u. hat
schon 4 Stiel erfaßt
gebremst. So wurden
bereits Equiden be-
reitigt. 20 St. - 1 Rinne
20. 10. - (Wittrung.)
Offe Reichpl. Str. 4,
SO, Eisenbahnstr. 4.

